Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 35 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 67. Mittwoch, den 20. März 1918. 25. Jahrg.

Die Schuld am Kriege.

Am Sonnabend hat sich der Hauptausschuß des Reichstages mit dem Etat des Auswärtigen Amtes beschäftigt, und es ist dabei zu einer neuen Debatte über die Vorgeschichte des Weltkrieges gekommen. Die Verhandlungen wurden für vertraulich erklärt und der Oeffentlichkeit wird voraussichtlich nur ein kurzgefaßtes Protokoll unterbreitet werden, wenn sich die Aussprache nicht etwa im Plenum des Reichstages wiederholt.

Debatten über die Vorgeschichte und die Schuld am Kriege haben während der Dauer desselben mehrfach eingesetzt, aber es zeigte sich jedesmal, daß etwas Mißliches dabei ist, jetzt darüber zu sprechen. Mehr als in Friedenszeiten sind während des Krieges die Ideale der Wahrheit und der Gerechtigkeit verhüllt. Der Krieg ist kein Beweisverfahren, in dem die Wahrheit gesucht, und kein Prozeß, in dem Recht gesprochen wird. Er ist ein brutaler Kampf um Sein oder Nichtsein, „und alles wird Gewehr in seiner Hand." So sind auch alle Dokumente, welche die Schuld einer Macht am Kriege beweisen oder beweisen sollen, Kriegswaffen geworden, und wenn man sich des Eifers erinnert, mit dem hierzulande die Enthüllungen des Suchomlinow-Prozesses ausgebeutet worden sind, so wird man sich nicht wundern, daß von jetzt bekannt werdenden Enthüllungen zu ungunsten Deutschlands drüben ein nicht minder entschiedener Gebrauch gemacht wird.

Die deutsche Sozialdemokratie hat die auswärtige Politik, die im Juli 1914 getrieben wurde, aufs schärfste bekämpft. Sie hat sie in ihrer Presse aufs heftigste kritisiert und sie hat in Berlin auf der Straße gegen sie demonstriert. Das ist nicht die schlechteste Seite unserer Parteigeschichte, und wir wollen uns keineswegs bemühen, sie zu vergessen.

Die Aktion der Sozialdemokratie konnte den Ausbruch des Krieges nicht verhindern, und der Kriegsausbruch stellte die Partei vor neue Tatsachen. Es handelte sich jetzt nicht mehr darum, wer in dem unendlich verworrenen Handel der Diplomaten die mehr oder minder anfechtbare Rolle gespielt hatte, sondern es handelte sich jetzt darum, ob die Russen nach Berlin und die Franzosen über den Rhein kommen sollten. Und da sagte die ganze deutsche Sozialdemokratie im Einklang mit dem ganzen deutschen Volke: nein, das sollen sie nicht. Die Stellung der Sozialdemokratie am 4. August 1914 war nicht der Ueberzeugung entsprungen, daß alles, was bis dahin von den Machthabern getan worden war, recht sei. Man kann vielmehr sagen, die Sozialdemokratie hat damals für die Kriegskredite gestimmt, nicht wegen ihrer Auffassung von der Vorgeschichte des Krieges, sondern trotz dieser, sie hat für die Kredite gestimmt, weil es sich um keine Rechtsfrage mehr, sondern um eine Existenzfrage des deutschen Volkes handelte.

Seitdem sind mehr als 3½ Jahre vergangen, wir haben Abstand von den erschütternden Ereignissen der damaligen Zeit gewonnen und manche Aufklärung erhalten, die zum mindesten das Bild eines vollkommen friedliebenden Auslandes vor dem Kriegsausbruche nicht mehr als haltbar erscheinen lassen. Zu einer unbeeinflußten öffentlichen Erörterung der geschichtlichen Tatsachen bot sich keine Möglichkeit, das Studium der Akten wurde zum Spezialstudium einzelner. So kann man sagen, daß auch in der sozialdemokratischen Partei eine einheitliche Meinung über die geschichtlichen Ereignisse von damals nicht mehr besteht. Erst die Zeit nach dem Kriege dürfte eine vollständige Klärung bringen.

Aber, um es nochmals zu sagen, mag man von dem, was die sozialdemokratische Presse im Juli 1914 geschrieben hat, hier und da auch einige Abstriche machen, so besteht durchaus kein Grund, die Haltung, welche die Partei damals eingenommen hat, zu verleugnen. Damals freilich mußte oder sollte wenigstens der Sozialismus jedes Landes nach dem Rezept handeln, vor der eigenen Türe zu kehren, und das hat die deutsche Sozialdemokratie, indem sie die auswärtige Politik des eigenen Landes rücksichtslos kritisierte, ausgiebig besorgt. Während des Krieges sind noch andere Aufgaben dazu gekommen, wichtigere. Einmal aber wird der Krieg auch zu Ende sein, und dann, wenn die Kanonen ausgesprochen haben, wenn nicht mehr jedes Wort freier Kritik als Waffe gegen das eigene Land gebraucht werden kann, wird es eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie sein, den Ursachen dieser Weltkatastrophe nachzugehen und das, was von ihnen im eigenen Lande zu finden ist, zu beseitigen.

Für diese Aufgabe wollen wir uns die Arme freihalten. Und darum können wir heute im Streit über die Kriegsursachen nicht Partei ergreifen, zum mindesten nicht in dem Sinne Partei ergreifen, wie dies gewünscht wird. Der einzelne, dessen Ueberzeugung nach der offiziell gebilligten Seite neigt, mag dies offen aussprechen, ohne in den Verdacht zu fallen, er habe sein Urteil auf etwas anderes gegründet als auf redlichste Untersuchung der Tatsachen. Andern, die anders denken, kann ein Opfer des Intellekts nicht zugemutet werden. Einig sind wir aber alle in der Auffassung, daß für Sünden nur der gestraft werden soll, der sie begangen hat. Die Masse des deutschen Volkes ist an diesem Kriege sicherlich unschuldig, und wenn wir alle dafür eintreten, daß die Fehler und Sünden der Herrschenden nicht zu einer Katastrophe für das deutsche Volk führen, so tun wir nichts weiter als unsere Pflicht. Für das deutsche Volk stehen wir ein, nicht für die, die das deutsche Volk im Juli 1914 regiert haben.

Die Haltung Hollands.

In der gestrigen Sitzung der Zweiten holländischen Kammer legte Minister Loudon eine Erklärung über die Verhandlungen mit den Alliierten ab. Er sagte u. a., daß, wenn er auch noch keinen Bericht über die Aufnahme der holländischen Vorschläge bei den alliierten Regierungen erhalten habe, er Wert darauf lege, zur richtigen Erkenntnis der Sache die Aufmerksamkeit der Kammer auf folgendes zu lenken: Bei den Besprechungen mit den alliierten Regierungen in London wurde als **Gegenleistung für die Lieferung von Lebensmitteln und Bunkerkohlen verlangt, daß ein bestimmter Teil unseres Schiffsraumes zur Verfügung der alliierten Regierungen gestellt** werden solle. Holland hat dabei zum Unterschied von anderen Ländern die Bedingung gestellt, daß die Schiffe nicht in der Sperrzone gebraucht werden sollten. Der Minister erklärte dann weiter, daß die **Uebereinkunft nicht in Widerspruch zu Hollands Neutralität** stehe. Der Minister hob sodann hervor, daß gemäß den Mitteilungen in der offiziösen Presse der Alliierten die Absicht zu bestehen scheint, die **ganze niederländische Flotte**, die sich außerhalb der niederländischen Häfen befindet, und **ungefähr eine Million Tonnen** beträgt, zu **requirieren.** Das wesentliche Interesse der niederländischen Regierung ist, ihre Handelsflotte zu retten. Wenn die Alliierten unsere Schiffe requirieren werden, werden sie nicht mehr niederländische Schiffe sein und die koloniale Schiffahrt wird unmöglich. Deutschland beherrscht die Zone, die uns für unsere Schiffahrt freigelassen worden ist. Nach der Requisition wird sich **Deutschland amtlich der Ausreise unserer Schiffe widersetzen.** Sodann widersprach der Minister der Behauptung der Zeitungen der Alliierten, daß die Niederlande die Versprechungen nicht erfüllt hätten, Fahrten gemäß der vorläufigen Vereinbarung auszuführen, da Deutschland gefordert habe, daß für die von Holland ausfahrenden Schiffe andere Schiffe nach Holland kämen. Die niederländische Regierung hat die amerikanische Regierung sofort wissen lassen, daß es **für Holland** unmöglich sein würde, **für den Hilfsdienst in Belgien Fahrten auszuführen.**

In der Debatte erklärte der Vertreter der christlich-historischen Partei, Lohmann, daß die Regierung anscheinend mehr an die Interessen der Reeder als an die Ehre des Landes gedacht habe. Ein liberaler Redner sagte, die Alliierten haben ihr Bestes getan, uns den Mittelmächten in die Arme zu treiben. Genosse Troelstra sagte, die **Erklärung der Regierung habe in weiten Kreisen Empörung hervorgerufen.**

Volk und Presse sind durch die Kapitulation der holländischen Regierung vor dem Vierverband aufs peinlichste berührt und enttäuscht. Die allgemeine Volksstimmung ist die: Man kann uns durch die Uebermacht vor Zwangsmaßregeln und vollendete Tatsachen stellen, aber unsere Einwilligung erhält man dazu nicht. An Stelle des allgemein erwarteten „Nein" hat die Regierung überraschenderweise das „Ja" ausgesprochen. Die holländische Presse spricht von einer Kapitulaton, einem „schwarzen Tag" in der holländischen Geschichte; sie ermahnt das Volk, den 18. März als einen „Tag der Erniedrigung Hollands" zu vergessen.

Die von der Entente an die Niederlande gerichtete Forderungen, der sich nun die Niederlande unterworfen haben, bezieht sich, soweit bisher bekannt wurde, zunächst auf den in amerikanischen und anderen alliierten Häfen liegenden holländischen Schiffsraum, sowie auf den Schiffsraum, der von der Westküste Amerikas den Dienst nach Niederländisch-Indien versieht und die auf dem Meere befindlichen Schiffe, die gegenwärtig von Niederländisch-Indien nach Britisch-Indien fahren. Ein Pendelverkehr soll dann die Rohmaterialien und Nahrungsmittelversorgung der Niederlande vornehmen.

Die deutsche Presse verurteilt natürlich die Haltung der holländischen Regierung und erblickt darin eine **neutralitätswidrige Handlung.** Die „Köln. Volksztg." hat nicht Unrecht, wenn sie eine **Verlängerung des Krieges** infolge der den Alliierten zur Verfügung stehenden vermehrten Schiffsraums befürchtet. Die „Frankf. Ztg." schreibt: Die Annahme des Ultimatums der Entente für Holland kann natürlich **nicht ohne Folgen für unsere Stellung zu dem Nachbarvolke bleiben** und für diese künftige Stellung ist die Frage nicht unwesentlich, ob die Niederlande unseren Feinden ihre Flotte nur in allerhöchster Lebensgefahr überlassen habe oder ob sie bei einigem guten Willen ihre Neutralität auch praktisch weiter aufrecht erhalten könne.

Wir sind der Meinung, daß man zunächst abwarten muß, wie sich die Alliierten zu den von Holland gestellten Bedingungen verhält. Im übrigen muß diese Angelegenheit ruhig und nüchtern beurteilt werden. Holland befand sich in einer der größten Zwangslagen, die es für ein neutrales Land geben kann. Hätte die Regierung die Ententeforderungen rundweg abgelehnt, dann wäre das Land der größten Not ausgesetzt gewesen. Von Deutschland konnte ihm keine Hilfe gewährt werden. Was aber dann? Heute können die holländischen Blätter nicht schreiben, daß das Volk sich bereits auf den Hunger, den die Ablehnung der Ententeforderungen im Gefolge gehabt hätte, eingerichtet habe. Das sind Redensarten. Wenn der Hunger da ist, dann klingt es anders. Das muß man berücksichtigen, wenn man ein objektives Urteil fällen will. Natürlich kann man es verstehen, wenn Deutschland diesem ganzen Vorgang nicht stillschweigend gegenübersteht. Denn ihm muß daran liegen, den Krieg baldigst zu beendigen; dieser Vorgang aber verlängert ihn. Sollen wir aber deshalb Holland den Krieg erklären? Dann würden wir — da die Entente auch mit den anderen noch neutralen Staaten zweifellos eben so verfahren wird — bald außer Holland auch noch die nordischen Länder und Spanien gegen uns haben. Ob das im Interesse Deutschlands liegt, möchten wir stark bezweifeln. Also: Ruhig Blut!

Der Ostfriede und die neue Kreditvorlage vor dem Reichstage.

Der Reichstag überwies am Dienstag die Friedensverträge mit Rußland und Finnland an den Ausschuß. In der fortgesetzten Aussprache sprach der nationalliberale Abg. Dr. Stresemann die Zustimmung seiner Partei zu den Verträgen aus. Er suchte die Argumente Davids durch den Hinweis auf vereinzelte Stimmen in unseren Reihen zu entkräften, die den Vertrag mit Rußland anders beurteilt haben. Im übrigen suchte er in langen historischen Betrachtungen den Nachweis zu führen, daß auch ein Frieden, der nicht die Schonung des Gegners zum Zweck hat, keine neuen kriegerischen Verwicklungen in sich zu bergen brauche. Mit der Regelung der Verhältnisse im Osten war Herr Dr. Stresemann natürlich höchst zufrieden, auch mit dem Einmarsch deutscher Truppen in Finnland, bei welcher Gelegenheit er in den alten Fehler verfiel, die finnische Rote Garde den russischen Bolschewiki gleichzustellen. Der konservative Führer Graf Westarp sagte ungefähr dasselbe, nur mit ein wenig anderen Worten. Er brachte es sogar fertig, Bescheidenheit als den wesentlichsten Grundzug des Ostfriedens hervorzuheben und die Warnung auszusprechen, daß wir im Westen nicht ebenso bescheiden sein möchten. Nicht nur militärische Sicherungen, sondern eine kräftige Kriegsentschädigung und weitgehende wirtschaftliche Zugeständnisse müssen das Ziel der Friedensverhandlungen mit den Westmächten sein. Als Unabhängiger lehnte Ledebour beide Verträge rundweg ab. Die Beratung beschloß Herr Mumm von der Deutschen Fraktion mit einer Sonntagsnachmittags-Predigt über das gerettete Deutschtum der Baltenländer.

Vorher gegangen war die Erledigung einer Reihe kleiner Anfragen, darunter die Anfrage des Fortschrittlers Dr. Müller-Meiningen nach einem ungeheuerlichen Kommandanturbefehl, der Landsturmleute durch mehr oder weniger sanften Druck zu der Erklärung zwingen sollte, auch noch 4 Monate nach der Demobilmachung militärischen Dienst zu tun. Vom Kriegsministerium wurde erwidert, daß man für die Demobilmachung geschulte Kräfte nötig habe und diese sich rechtzeitig sichern müsse, daß aber jeder Druck dabei zu vermeiden ist. Nach der Ausschußverweisung der Friedensverträge kam das Haus noch zur neuen Kriegskreditvorlage, die Reichsschatzsekretär Graf Roedern in längerer Rede begründete. Sehr interessant waren seine Angaben über die bisherigen Geldkosten des Weltkrieges, die die Verarmung Englands darstellen. Die Kriegskredite wurden dann in erster und zweiter Lesung gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen. Heute kommt der Fall Daimler zur Beratung.

Berlin, 19. März 1918.

143. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstisch: Wallraf.

Anfragen.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vp.) fragt, ob tatsächlich in Soltau von den dort beschäftigten Landsturmleuten die Erklärung gefordert worden ist, noch 4 Monate nach der Demobilmachung im Dienst zu bleiben, und daß diejenigen, die damit nicht einverstanden waren, dem Frontdienst zugeführt werden sollen.

Oberst v. Braun: Während der Demobilmachung müssen eingearbeitete Kräfte zur Verfügung stehen und Landsturmleute können nur mit ihrer Einwilligung zurückgehalten werden. Sie müssen daher rechtzeitig befragt werden, damit man eventl. für Ersatzkräfte sorgen kann. Ein Druck soll natürlich nicht ausgeübt werden.

Abg. Kraetzig (Soz.) fragt wegen einer die Kritik der Geschäftsführung der Reichsbekleidungsstelle unterbindenden Zensurverfügung. Danach soll über die Pläne der Reichsbekleidungsstelle über Abgabe von Kleidung und Stoffen an Rüstungsarbeiter im allgemeinen nichts veröffentlicht werden, und gegen zuwiderhandelnde Zeitungen soll eingeschritten werden. Das verstößt gegen die Erklärung, daß die Zensur sich auf militärische, die Kriegführung betreffende Angelegenheiten beschränken soll.

Ein Regierungsvertreter erklärt, das Verbot sei ergangen, weil es im Interesse unserer Munitionsversorgung liegt, daß solche Maßnahmen nicht vorzeitig bekannt werden.

Abg. Dr. Heckscher (Vp.) lenkt die Aufmerksamkeit auf die unwürdigen Zustände im Gefangenenlager zu Ahmednagar in Indien, wo viele deutsche Zivilgefangene hinter doppelten Drahtgitter in Wellblechbaracken gefangen gehalten werden.

Geh. Legationsrat v. Eckardt: Die deutsche Regierung hat wiederholt die Räumung des Lagers und die Ueberführung der Insassen nach Osten mit besserem Klima verlangt. Die britischen Behörden haben die Ueberführung in günstiger gelegene Bergstationen nur in den Zellen angeordnet, in denen es der Gesundheitszustand der Betreffenden geboten erscheinen läßt. Die Lagerverwaltung tut alles, um den Gefangenen ihre Lage zu erleichtern. Das kann uns jedoch nicht genügen und wir verfolgen nach wie vor unsere Forderung auf Räumung des ganzen Lagers.

Abg. Frhr. v. Richthofen (Natl.) weist auf Schwierigkeiten und Unzuträglichkeiten im deutsch-österreichischen Reiseverkehr hin.

Geh. Legationsrat v. Eckardt verspricht Erleichterungen.

Abg. Dr. Herschel (Zp.) fragt, was die Regierung unternommen hat gegenüber den vertraulichen Mitteilungen eines Schweizer Bundesrats an den italienischen Gesandten, durch die die Neutralität gegenüber Deutschland schwer ver[illegible]

Unterstaatssekretär v. d. Bussche: Nach [illegible] Bericht unseres Gesandten in Bern scheint Herr Ador, dessen [illegible]ige Sympathien für Deutschland allgemein bekannt sind, mit dem italienischen Gesandten tatsächlich über die im vergangenen Herbst bevorstehende deutsche Offensive in Italien gesprochen zu haben, der Bundesrat hat jedoch nach eingehender Prüfung der Angelegenheit bekannt gegeben, daß Herr Ador sich keine Unterredtheit habe zuschulden kommen lassen.

Abg. Dr. Jäger (Ztr.) wünscht Auskunft über Maßnahmen zur Verhütung ungerechtfertigter Mietsteigerungen.

Unterstaatssekretär im Reichsjustizamt Delbrück verweist auf die Mieteinigungsämter.

Abg. Kunert (U. S.) fragt, ob noch während des laufenden Jahres ein Gesetzentwurf zur umfassenden Regelung des Theaterwesens dem Reichstag vorgelegt werden wird.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß ein Gesetz vorbereitet ist; die Verhandlungen mit den Sachverständigen haben sich aber durch den Krieg verzögert und es sei fraglich, ob das Gesetz noch im Kriege zustande kommen wird. Jedenfalls soll es mit möglichster Beschleunigung erledigt werden.

Hierauf wird die erste Lesung der

Friedensverträge mit Rußland und Finnland

fortgesetzt.

Abg. Dr. Stresemann (Natl.): Der Weltkrieg hat an dem Aufstieg Deutschlands, durch den die Gegnerschaft Englands und Rußlands geschaffen wurde, angeknüpft. Der Abg. Cohen hat in der „Vossischen Zeitung" auf die Wertschätzung des deutsch-russischen Bündnisses durch Bismarck verwiesen. Aber der Realpolitiker Bismarck hätte sich im Jahre 1918 nicht auf etwas bezogen, was er unter ganz anderen Verhältnissen 30 Jahre früher gesagt hat. (Sehr richtig! bei den Natl.) Wo sind denn die Kontrahenten in Rußland, die zu einem Bündnis mit uns geneigt sind. Schon vor dem Krieg war die russische Politik deutschfeindlich, trotzdem Rußland während des Krieges mit Japan seine Westgrenze ungeschützt lassen konnte. Was hat uns die Politik der Schonung anderer Völker gebracht? Die ganze Welt wurde aufgeteilt, während wir im Schatten standen. Und das Ergebnis dieser Politik war nicht der Friede, sondern der Weltkrieg, der Haß der Welt gegen uns. Auch im Kriege war unsere Politik auf die Schonung der Neutralen eingestellt, während England die Neutralen vergewaltigt, sobald es im englischen Interesse liegt. Daß unsere Politik aber den Kreis unserer Freunde erweitert hätte, vermag ich nicht zuzugeben. (Sehr richtig!) Es ist auch falsch, daß auf einen Verständigungsfrieden Freundschaft, auf Annexionen immer Haß folgen muß. Frankreich nahm Italien Nizza und Savoyen ab, wir aber standen Italien im Kampf um seine Einheit bei. Trotzdem kämpft Italien an der Seite Frankreichs gegen uns. Wäre es mit Rußland zu dem von so vielen gewünschten Frieden der Schonung gekommen, so wäre die Wiedereinrichtung des alten Rußlands mit seiner gewaltigen Armee eine reale Tatsache, mit der wir für alle Zeiten hätten rechnen müssen. Das von vielen erwartete ideale Freundschaftsbündnis mit diesem Rußland ist aber keine reale Tatsache. Die große Bedeutung unseres Friedens mit Rußland liegt darin, daß eine Abschnürung der Rohstoffe für uns unsern Gegnern nicht mehr möglich ist.

Die Regelung der Beziehungen zu Kurland nannte Dr. David eine Verständigung der ostpreußischen Junker mit den baltischen Baronen. Zu solcher Kennzeichnung der Regelung liegt gar kein Anlaß vor. Wir erkennen die Regelung mit Freuden an, ebenso die mit Livland und Estland, denn das gesamte Baltentum bildet eine Einheit, die mit der deutschen Kultur aufs innigste verknüpft ist. Auch ein selbständiges Litauen erkennen wir unter der Bedingung einer Militärkonvention mit Deutschland und der wirtschaftlichen Anlehnung an Deutschland an. Denn ein vollkommen selbständiges Litauen ohne jede Anlehnung an ein größeres staatliches Wirtschaftsgebilde ist eine leere utopische Theorie. Bei der katholischen Bevölkerung Litauens sind wir ganz mit dem Kollegen Fehrenbach einverstanden, daß die Verwaltung vorzugsweise in den Händen katholischer Beamten liegen muß.

Die Hoffnung auf Friede und Freundschaft mit den Polen scheint mir nach den Erklärungen der Polen sehr gering. So wenig es für uns eine elsaß-lothringische Frage gibt, so wenig können und wollen wir über die Zugehörigkeit Posens und Westpreußens zu Deutschland oder Preußen diskutieren. Eine Verschiebung unserer Ostgrenze brauchen wir nicht. Je weniger Polen mir dem Reiche zufügen, umso besser ist es. Aber diesen politischen Gedanken müssen wir selbstverständlich zurückstellen gegenüber der militärischen Sicherung unserer Grenzen, wenn sie von unsern Heerführern für nötig gehalten wird.

Das selbständige neue Finnland begrüßen wir aufs herzlichste. Unsere Beziehungen zu Finnland werden vielfach unterschätzt. Unsere Ausfuhr nach Finnland war vor dem Kriege größer als unsere Ausfuhr nach der Türkei. In den Verträgen fällt uns auf, daß unsere Unterhändler der Frage der Sicherung unserer Auslandsguthaben nicht näher getreten sind. Es geht nicht an, daß wir die russischen Forderungen in Deutschland bezahlen, die deutschen Forderungen in Rußland aber verloren sein sollen. Der Verzicht auf eine Kriegsentschädigung erscheint mir ebenfalls als ein Schade für unsere Volkswirtschaft. Die Reichstagsentschließung vom 19. Juli und der Ruf „Friede ohne Entschädigungen und Annexionen" hatte den Gedanken der Erreichung des baldigen Friedens zur Voraussetzung. Wir sind aber dem Weltfrieden nicht näher gekommen. Wenn jetzt noch immer den Gegnern gesagt wird, wir verzichten auf eine Kriegsentschädigung, so ist das ein Freibrief für sie auf beliebig lange Fortsetzung des Krieges. Wenn die Staatsmänner der Entente nicht in frevelhaftester Weise mit dem Schicksal ihrer Völker spielen, so würden sie die Hand, die der Reichskanzler ihnen entgegengestreckt hat, ergreifen. Mögen sie an Rußland ein warnendes Beispiel nehmen. Wir hoffen, daß der Kampf uns den Sieg bringen wird, aber auch die Auswirkung des Sieges zum Nutzen Deutschlands. (Lebh. Beifall.)

Abg. Graf Westarp (Kons.): Die russische Revolution hat unsere Sozialdemokraten in Deutschland bitter enttäuscht. Die erste Enttäuschung brachte ihnen die Art, wie die Bolschewiki ihre Regierung führten. Die zweite Enttäuschung war, daß es der Revolution nicht beschieden war, der Welt den Frieden zu bringen. Das hat auch die internationale Sozialdemokratie der kriegführenden Länder nicht vermocht. Die Auffassungen über das, was ein „Verständigungsfrieden" ist, gehen innerhalb der Mehrheit offenbar auseinander. (Sehr richtig! und Heiterkeit rechts.) Eine „Verständigung" mit Trotzki wäre nur möglich gewesen, wenn wir die besetzten Gebiete sofort geräumt und sie der Anarchie der Bolschewiken überlassen hätten. Außerdem hätten wir noch unser Vaterland selbst der bolschewistischen Revolution ausliefern müssen, denn mit dem kaiserlichen Deutschland wollte Herr Trotzki keinen Frieden schließen. (Hört, hört! rechts.) Ob die Sozialdemokratie dem Friedensvertrag zustimmen werde, hat Herr Dr. David noch unentschieden gelassen. Die U-Sozialdemokraten werden ihn natürlich ablehnen. Wer aber den Frieden ablehnt, übernimmt damit die Verantwortung, daß der Krieg weiter geht. (Sehr richtig! rechts.) Die Angriffe des Abg. Dr. David gegen die „Militärpartei", also die oberste Heeresleitung, bedaure ich gerade in diesem Moment der bevorstehenden Offensive. Es wird Sache des Reichskanzlers sein, zu diesen Ausführungen Stellung zu nehmen. Nach unserer Meinung könnte es der Reichskanzler nicht verantworten, einen Frieden zu schließen ohne Einvernehmen mit der obersten Heeresleitung, die ihn überhaupt erst in die Lage versetzt hat, Frieden zu schließen. (Sehr richtig! rechts.) Der Haupterfolg des Friedensschlusses im Osten ist, daß Ludendorff sagen konnte, wir befinden uns jetzt im Westen in zahlenmäßiger Ueberlegenheit (Sehr gut! rechts.) und weiter, daß der eiserne Ring der Wirtschaftsblockade gesprengt ist. Was die Lage nach dem Kriege anlangt, so wird es am besten sein, wenn wir uns möglichst stark erhalten. (Bravo! rechts.) Sehr bedauerlich ist, daß keine Kriegsentschädigung in den Verträgen ausgemacht ist. (Sehr richtig! rechts.) Den Gedanken eines Gerichtshofes der Welt lehnen wir ab. In der polnischen Frage haben die neuen Ereignisse unser lebhaftestes Befremden erregt. (Sehr richtig! rechts.) Die Erfolge, die in den interfraktionellen Besprechungen mit den Polen als Zusagen von seiten der Polen erreicht sind, sind gleich null. Das Interesse Deutschlands hat bei diesen interfraktionellen Besprechungen nicht in den richtigen Händen gelegen. Das deutsche Volk ist dieser Wichtigtuerei satt. (Bravo! rechts.) Richtiger wäre es, wenn der Reichskanzler solche Verhandlungen selbst in die Hand nähme. Wir glauben nicht an die Möglichkeit eines ehrlichen freundschaftlichen Anschlusses der Polen an Deutschland. Darum dürfen wir die militärischen Sicherungen gegenüber den Polen nicht aufgeben. Allein maßgebend dafür ist die oberste Heeresleitung. (Bravo! rechts.) Ob Sie das Annexion nennen, ist uns gleichgültig. Zu begrüßen ist, daß der Reichskanzler gestern kein neues Friedensangebot ausgesprochen hat. Es handelt sich jetzt um den Kampf bis zum Ende. Die volle Verantwortung tragen die Feinde. Wir haben jetzt freie Hand für die Forderung von Kriegsentschädigung und Grenzberichtigungen. Von Rüstungsbeschränkungen darf keine Rede sein. (Bravo! rechts.)

Abg. Ledebour (U. S.): Gestern kamen die drei auf den Verständigungsfrieden festgelegten Regierungsparteien zum Wort und heute die beiden Annexionsparteien. Die ersteren waren bezeichnenderweise mit der Regierung unzufrieden, die Annexionisten lobten die Regierung. Logischerweise müßten die Mehrheitsparteien den Frieden ablehnen. Daß wir ihn ablehnen, ist selbstverständlich. Für Verlängerung des Krieges stimmen wir damit keineswegs, wir wünschen vielmehr einen besseren Friedensvertrag. Wenn der Sowjet-Kongreß dem Vertrag zugestimmt hat, so nur, weil die Russen den Krieg nicht fortsetzen können. Deutschland als der obsiegende Teil hätte die Macht gehabt, Rußland einen Ausgleichsfrieden statt eines Vergewaltigungsfriedens zu bieten. (Sehr richtig! bei den Unabh. Soz.) Nach unserer Ueberzeugung bedeutet dieser Frieden eine schwere Schädigung des Weltfriedens und damit Deutschlands. Wer grundsätzliche Politik treibt, muß daher mit uns diesen Vertrag ablehnen. (Sehr wahr! bei den Unabh. Soz.) Herr Stresemann hat damit recht, daß der Krieg aus der wirtschaftlichen Konkurrenz der verschiedenen Staaten entstanden ist. Aber seine Schlußfolgerung, daß es deshalb immer Kriege geben wird, ist falsch. Denn dieser Gegensatz wurzelt in der kapitalistischen Betriebsweise und wird mit der Herrschaft des Sozialismus aufhören. Das Lob der baltischen Deutschen ist wieder in höchsten Tönen gesungen worden. Persönlich als Menschen sind mir die Balten, mit denen ich in Berührung gekommen bin, immer sehr sympathisch gewesen. Das ist aber kein Grund, die falsche Politik, die die baltischen Barone zusammen mit dem Zarentum getrieben haben, unter dem Schutz des Deutschen Reiches zu neuem Leben zu erwecken, die Politik nämlich, das ganze baltische nichtdeutsche Volk der reaktionären Junkerherrschaft der kleinen deutschen Minderheit der baltischen Barone auszuliefern. Die Entschließungen des kurländischen Landesrats, der unter dem Druck des Kommandos Oberost gewählt und von diesem bestätigt ist, werden ebenfalls von der militärischen Gewalt bestimmt. Die Letten sind stets für ein selbständiges lettisches Staatswesen eingetreten; das Kommando Oberost aber hat ihnen suggerieren wollen, ein selbständiges einheitliches baltisches Staatswesen zu fordern. Das gelang aber in einer lettischen Versammlung nicht und daher wurde die kurländische Landesversammlung benutzt, in der die Letten nur in geringer Minderzahl vertreten sind, und diese Vertreter sind auch noch ernannt von den Gemeindevorstehern, die selbst wieder von der deutschen Verwaltung ernannt worden sind. (Hört, hört! bei den Unabh. Soz.) Das ist natürlich keine Vertretung des kurländischen Volkes. Es heißt mit dem Begriff der Volksvertretung Schindluder treiben, wenn man diese Versammlung als Volksvertretung anerkennt. (Lebh. Zust. bei den Unabh. Soz.) Die so zustande gekommene Versammlung hat eine kurländische Herzogswürde dem deutschen Kaiser angetragen. Wenn er wirklich kurländischer Herzog wird, nach welchen Grundsätzen soll der gute Mann denn dort regieren? (Vizepräsident Dr. Paasche: Darüber brauchen Sie sich den Kopf nicht zu zerbrechen. Wir haben es hier mit dem russischen Friedensvertrag zu tun.) Ich muß darauf eingehen können, weil durch die ganze Art der Verwaltung in Oberost eine tiefe Feindschaft der Esten und Letten gegen alles, was deutsch heißt, hervorgerufen werden muß. Die Militärbehörde hat eine Bekanntmachung erlassen, daß alle roten Gardisten und Angehörige bolschewistischer Banden, wenn sie ergriffen werden, gehenkt werden sollen. Es sind das russische Truppen einer russischen Regierung und dieser Befehl ist ein direkter Bruch des Völkerrechts. (Vizepräsident Dr. Paasche: Es handelt sich hier nicht um russische Truppen; ich rufe Sie zur Ordnung!) Sie haben sich nicht in die sachliche Debatte einzumischen und kein Recht zu diesem Ordnungsruf!

Vizepräsident Dr. Paasche: Ich verbitte mir die Kritik meiner Geschäftsführung und halte den Ordnungsruf aufrecht. (Lebh. Zwischenrufe und große Erregung bei den Unabh. Soz. — Abg. Ledebour protestiert lebhaft gegen die Ausführungen des Vizepräsidenten; dieser wiederholt unter andauerndem Lärm der Linke seine Anordnungen und kündigt an, er werde das Haus befragen, ob es den Redner weiter hören wolle. Schließlich bittet er um Ruhe für Herrn Ledebour.)

Abg. Ledebour (fortfahrend): Mit der bolschewistischen Regierung hat die deutsche Reichsregierung verhandelt und gegen die bolschewistischen Truppen geht man in solcher Weise vor. Die unglaubliche alldeutsche Taktik, uns mit allen Ländern zu verfeinden, zeigt sich auch bei der Behandlung der Polenfrage. Den Ukrainern möchte ich dringend raten, auf das Danzergeschenk des Cholmer Landes freiwillig zu verzichten, sie würden sich dadurch die Polen dauernd zu Feinden machen. Alle strategischen „Grenzsicherungen" können uns im Osten nichts nützen, sondern nur ein freundschaftliches Entgegenkommen sichert uns den dauernden Frieden im Osten. (Sehr richtig!) Mit Finnland haben wir uns gar nicht im Krieg befunden. Der deutsche Einmarsch in Finnland bedeutet nichts, als den nackten Schutz der kapitalistischen Interessen gegen die rechtmäßige sozialistische Regierung in Finnland. Die armenische Frage ist hierdurch garnicht berührt worden. Die Bezirke Erdehan, Karst und Batum sollen der Türkei überantwortet werden. Die große Mehrzahl der Bevölkerung ist aber armenisch und georgisch und steht jetzt der Ausrottung durch die Türken entgegen. Schon jetzt haben die Türken in Türkisch-Armenien über eine Million christliche Armenier aus Glaubenshaß ausgerottet. (Hört, hört!) Die deutsche und österreichische Regierung darf es daher nicht dulden, daß türkische Truppen jetzt in diese Gebiete einziehen. Möge man diese Gebiete sich dem neuen kaukasischen Bundesstaat angliedern lassen! Es ist eine Ehrensache der deutschen Regierung, neue Armenier-Metzeleien zu verhindern. Die Revolution des 19. Juli wird durch diese Friedensverträge zu einem Fetzen Papier, mit dem Sie nichts mehr anfangen können, selbst in dieser papierarmen Zeit. (Heiterkeit. Abg. Erzberger: Freiheit der Völker!) Ich habe Ihnen dargelegt, welche Vergewaltigung dieser Friedensvertrag bedeutet und da kommt dieser harmlose Mann (gr. Heiterkeit) und führt als letztes Rettungswort heraus: Freiheit der Völker. (Heiterkeit.) Aus dieser gräßlichen Blamage können Sie nur heraus, wenn Sie sich aus verschleierten Annexionisten zu offenen Annexionisten bekennen. Wir werden überall den Kampf gegen den Annexionismus aufnehmen, und wenn erst das freie Wort nicht mehr in diesen Wänden verhallt, wird, wie wir überzeugt sind, die Mehrheit des Volkes aufräumen mit den Annexionspolitikern in allen Parteien. Dann wird die Zeit der Verwirklichung des wahren Völkerfriedens gekommen sein. (Bravo! bei den Unabh. Soz.)

Abg. Fürst Radziwill (Pole): Wir sind immer für eine ehrliche dauernde Verständigung mit dem deutschen Volke eingetreten und begrüßen es mit Genugtuung, daß die Ueberzeugung der Notwendigkeit dieser Verständigung Gemeingut der großen Mehrheit des deutschen Volkes zu werden scheint. Bei gegenseitigem guten Willen muß die Verständigung möglich sein; an diesem guten Willen soll es unsererseits nicht fehlen. (Bravo!)

Abg. Mumm (D. Frakt.): Herr Ledebour pflanzt noch am Grabe Niederbarnims die Hoffnung auf. Niederbarnim war die Antwort auf die Ablehnung des ersten Friedensvertrags. Redner tritt des weiteren lebhaft für die Angliederung des gesamten baltischen Landes bis zum Peipussee an Deutschland ein. Auch von Finnland her darf Rußland uns und die Ostseeprovinzen nicht wieder bedrohen dürfen; daher begrüßen wir das Entstehen eines selbständigen finnischen Staates. Ob der Friede Bestand haben wird, wird lediglich abhängen von der deutschen Kraft. (Bravo! rechts.)

Abg. Hansen (Däne): Die Aaländer wünschen die Wiedervereinigung mit Schweden. König, Regierung und Volk in Schweden teilen diesen Wunsch. Die letzten Ereignisse haben Besorgnis und Verstimmung auf der Insel Aaland und in Schweden hervorgerufen. (Hört, hört!) 95 Proz. der volljährigen Einwohner Aalands haben sich für den Anschluß an Schweden ausgesprochen. Sie haben die Bitte an Schweden, Finnland und Deutschland gerichtet, für diese Angliederung bei den Friedensverhandlungen einzutreten. Ich hoffe, daß das geschehen wird in Konsequenz der Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung auch für Teile von Nationen. Es wird das ein Prüfstein für die Ehrlichkeit der deutschen Politik sein.

Die Friedensverträge gehen an den Hauptausschuß.

Es folgt die erste Beratung des

neuen Kriegskredits von 15 Milliarden.

Reichsschatzsekretär Graf Roedern: Die neue Vorlage ist bedingt durch den gesteigerten Bedarf des Heeres. Das sogen. Hindenburg-Programm hat jetzt seine volle Auswirkung bekommen. Die bisherigen Kriegskosten berechne ich auf 550 Milliarden. Davon entfallen mindestens **370 Milliarden auf** die Entente. Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet stellen sich die Kriegskosten für Deutschland **auf 1600 Mark**, für England **auf 2400 Mark**, für Frankreich **auf 2500 Mark**. Wir können uns jetzt mit ungeschwächter Kraft nach Westen wenden. In England und Frankreich sind die letzten Kriegskredite fast einstimmig bewilligt. Wenn die Worte Clemenceaus und Bonar Laws uns töten könnten, wir lägen längst vernichtet am Boden. Wir sind zweifellos der letzten Viertelstunde des Kriegs, von der Clemenceau sprach, nicht mehr fern. Mit atemloser Spannung sieht die Welt der Entwicklung der Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz im Westen entgegen. Wir können dieser Entwicklung mit vollstem Vertrauen entgegensehen. (Lebh. Beifall.)

Abg. Haase (U. S.): Meine Freunde werden aus grundsätzlichen Erwägungen gegen die Kredite stimmen.

Damit ist die erste Lesung erledigt; in der zweiten Lesung werden die Kredite debattelos angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 3 Uhr. (Zweite Lesung des Postscheckgesetzes, Daimler-Angelegenheit.)

Schluß 6 Uhr.

Was der Krieg bringt.

Die Heeresberichte.

WTB. Berlin, 19. März, abends. (Amtlich.)

Regen schränkte an der Westfront die Gefechtstätigkeit ein. An der Nordfront von Verdun und im Parroy-Walde blieb das Artilleriefeuer lebhaft.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Wien, 19. März. (Amtlich.)

Keine Ereignisse von Belang.

Das Deutsche Reich und das Herzogtum Kurland.

Zur kurländischen Frage bringt die „Frankf. Ztg." bemerkenswerte Darlegungen. Sie meint:

„Würde Kurland ein Bestandteil des Deutschen Reiches, sei es in Gestalt einer preußischen Provinz oder in einer anderen Form, so würde entweder der Preußische Landtag oder jedenfalls der Deutsche Reichstag die Möglichkeit haben, die Entwicklung der Dinge in Kurland zu überwachen und dafür zu sorgen, daß seine politischen Zustände wirklich gesund und auf dem Wohl der Allgemeinheit begründet sind. Wird Kurland ein Staat mit eigener Regierung und eigener Landesvertretung, der nur durch völkerrechtliche Verträge mit Deutschland verbunden ist, so hat **weder die deutsche Regierung noch der Reichstag etwas hineinzureden.** Kommt es aber dann — was keineswegs ausgeschlossen ist — zu innerer Unzufriedenheit, die sich vielleicht in nicht ganz kommentmäßigen Formen Luft macht, **dann wird eben doch wieder Deutschland als der Gendarm die „Ordnung herzustellen" haben,** eine Aufgabe, die unsere Beliebtheit dort schwerlich steigern wird. Sollte dem Wunsche des kurländischen Landrats entsprechend, der Kaiser die Herzogskrone von Kurland annehmen, so würde das keineswegs eine Erleichterung der Lage sein. Die Doppelstellung des Deutschen Kaisers würde vielmehr den deutschlandfeindlichen Elementen des Landes, die es ganz sicher geben wird, den Vorwand liefern, von einer deutschen Fremdherrschaft zu reden. Für Deutschland aber würde mit einer solchen Doppelstellung die staatsrechtliche Anomalie wieder aufleben, daß ein Bundesfürst zugleich Oberhaupt eines nicht deutschen Staatswesens würde."

Die „Frankf. Ztg." drückt sich da noch sehr vorsichtig aus. Sie berücksichtigt nicht, daß das Angebot der Herzogskrone durch einen Landesrat erfolgt ist, der nichts hinter sich hat. Der Konflikt wird in dem Augenblicke da sein, in dem Kurland ein eigenes nationales Leben und eine freigewählte Volksvertretung haben wird. Wenn sich diese mit dem ganzen Handel nicht einverstanden erklärt, was dann? Wie immer die Beziehungen des Deutschen Reiches zu diesem Lande gestaltet werden sollen, haltbar werden sie nur dann sein, wenn sie auf dem Willen der Bevölkerung selbst beruhen. Darum dürfte kein Definitivum geschaffen werden, solange dieser Willen keine Möglichkeit hat, sich Geltung zu verschaffen.

Die rumänischen Verhandlungen.

Nach einer Meldung der „Neuen Korrespondenz" aus Jassy entsandte die unabhängige Republik von Beßarabien Vertreter zu den Friedensverhandlungen zwischen Rumänien und den Zentralmächten nach Bukarest.

Ueber die Kämpfe in Finnland

liegt folgende Stockholmer Meldung vor: **General Mannerheim richtete eine Proklamation an die**

rote Garde, daß die deutsche Regierung den finnischen Gesandten in Berlin und die schwedische Regierung amtlich benachrichtigte, daß sie Truppen nach Finnland schicke, um die russischen Truppen und die Hooligans zu verjagen, die zusammen mit der roten Garde den Aufruhr in Finnland hervorriefen. Der General fordert diejenigen roten Gardisten auf, die nur gezwungen den Räuberbanden beitraten, in elfter Stunde die roten Reihen zu verlassen und nach Haus zurückzukehren.

Mit dieser Proklamation dürfte der „weiße" General wenig Erfolg haben. Auch wir möchten selbstredend wünschen, daß recht bald der Bürgerkrieg in Finnland beendet würde. Auf diese Weise aber wird das gewünschte Ziel nicht erreicht, wie wir verschiedentlich dargelegt haben.

Die Abstimmung in Moskau.

Die „Times" meldet aus Petersburg: Aus einer vorläufigen Zählung der Stimmen der Provinzialräte geht hervor, daß 109 Räte für das Schließen eines unmittelbaren Friedens zu den Brest-Litowsker Bedingungen waren und 83 sich dagegen erklärten. 13 v. H. der Bauernräte, 27 v. H. der Arbeiterräte und 35 v. H. der tschechischen Räte waren gegen einen Frieden um jeden Preis.

Englischer Hohn über den „deutschen Frieden".

WTB. London, 19. März. (Reuter.) Das Auswärtige Amt veröffentlicht folgendes Communique: Der Premierminister und die auswärtigen Minister der Entente, die in London versammelt sind, halten es für ihre Pflicht, von dem politischen Verbrechen, das unter dem neuen deutschen Frieden gegen das russische Volk begangen worden ist, Kenntnis zu nehmen. Rußland war wehrlos und die russische Regierung vergaß, daß Deutschland vier Jahre gegen die Unabhängigkeit der Nationen und gegen die Rechte der Menschheit kämpfte und in der Stimmung einzigartiger Leichtgläubigkeit erwartete sie, auf dem Wege der Ueberredung einen demokratischen Frieden zu erhalten, den es durch den Krieg nicht hatte erhalten können. Die Folgen zeigten sich alsbald. Der Waffenstillstand war noch nicht abgelaufen, als die deutsche Heeresverwaltung, obwohl sie sich verpflichtet hatte, die Verteilung der Truppen nicht zu verändern, sie in Massen an die Westfront verlegte. Rußland war so schwach, daß es keinen Protest gegen diese flagrante Verletzung des von den Deutschen gegebenen Wortes zu erheben wagte. Was weiter folgte, war ähnlich. Als der deutsche Friede in die Wirklichkeit übersetzt wurde, zeigte es sich, daß er eine Invasion der russischen Gebiete, die Zerstörung oder Wegnahme aller russischen Verteidigungsmittel und die Organisation russischer Länder zum Vorteil Deutschlands in sich schloß, ein Verfahren, das sich von einer „Annexion" nicht unterschied, während dieses Wort selber sorgfältig vermieden wurde. Inzwischen fanden diese Russen, die die militärischen Operationen unmöglich gemacht hatten, daß die Diplomatie ohnmächtig sei. Ihre Vertreter waren gezwungen, zu erklären, daß, während sie sich weigerten, den ihnen vorgelegten Friedensvertrag auch nur zu lesen, daß sie keine andere Wahl hatten, als ihn zu unterzeichnen. Sie unterschrieben ihn, ohne zu wissen, ob der Vertrag in seiner wahren Bedeutung den Frieden oder den Krieg bedeute, und ohne zu erfahren, in welchem Grade das nationale Leben Rußlands dadurch zu einem Schatten heruntergebracht wurde. Für uns, die Regierung der Entente, konnte es nicht zweifelhaft sein, welches Urteil die freien Völker der Welt über dieses Verfahren fällen würden. Weshalb soll man so viele Zeit über die Versprechungen Deutschlands verlieren, das in keiner Periode in der Geschichte dieser Eroberungen, nicht als es Schlesien überrannte, nicht als es Polen teilte, sich mit solchem Zynismus als Zerstörer der nationalen Unabhängigkeit und als unerbittlichen Feind der Menschenrechte und der Würde der zivilisierten Nationen gezeigt hat. Polen, dessen Heldengeist die grausamste der nationalen Tragödien überdauert hat, wird mit der vierten Teilung bedroht. Um sein Leiden noch zu vergrößern, haben die Entscheidungen, durch die die letzten Spuren der Unabhängigkeit vernichtet werden sollen, sich auf trügerische Versprechungen der Freiheit gegründet. Was von Rußland und von Polen gilt, gilt nicht minder von Rumänien, das vom Strome unbarmherziger Herrschsucht überwältigt wird. Mit Recht wird der Friede laut verkündet, aber unter dem dünnen Mantel der Worte lauert die brutale Wirklichkeit des Krieges und die ungemilderte Herrschsucht der gesetzlosen Gewalt. Friedensverträge, wie diese, werden und können wir nicht anerkennen. Unsere eigenen Ziele sind sehr verschieden. Wir kämpfen und werden weiter kämpfen, um für alle Welt dieser Politik der Plünderung ein Ende zu machen und an ihre Stelle die friedliche Herrschaft der organisierten Gerechtigkeit zu setzen. Wenn wir die Einzelheiten dieses langen Krieges an unseren Augen vorüberziehen lassen, erkennen wir immer deutlicher, daß die Kämpfe um die Freiheit überall in Zusammenhang miteinander stehen, so daß man sie nicht einzeln aufzuzählen pflegt. Sollen Gerechtigkeit und Wahrheit gewinnen? Soweit das Ergebnis von künftigen Schlachten abhängt, dürfen die Nationen, deren Schicksal in der Schwebe ist, auf die Heere vertrauen, die selbst unter schwierigeren Bedingungen, als den gegenwärtigen, sich der großen Aufgabe, die ihrer Tapferkeit anvertraut ist, mehr als gewachsen gezeigt haben.

Mit solchen Tönen wird die Entente die Russen immer weiter von sich abstoßen. Im übrigen wirken die immer wiederkehrenden Redensarten von der zu erstrebenden Herrschaft der organisierten Gerechtigkeit angesichts der nackten Tatsachen lächerlich

Henderson für Hinzuziehung deutscher Vertreter zur internationalen Sozialistenkonferenz.

Henderson sagte in einem Interview, daß der erste Schritt, um die Sache des Friedens zu fördern, die **Ankündigung einer internationalen sozialistischen Konferenz** sein sollte. Er hoffe von Herzen, daß auch **Vertreter Deutschlands** zugegen wären, da die alliierten Arbeiter sich vergewissern wollten, ob die deutschen Sozialdemokraten derselben Ansicht seien wie die Arbeiter und sozialistischen Parteien der alliierten und neutralen Länder hinsichtlich der Schaffung eines Friedens, der mit den Grundsätzen der Demokratie übereinstimme. Henderson sagte endlich, der englische Arbeiterbund sei auch **entschieden gegen einen Tarif- oder Wirtschaftskrieg** nach dem Friedensschluß.

Der amtliche Kriegsbericht.

Erhöhte Artillerietätigkeit bei Verdun.
Verlängerung des Waffenstillstandes mit Rumänien.

WTB. Großes Hauptquartier, 20. März. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz.

Zwischen der Küste und dem La Bassee-Kanal dauerte die rege Erkundigungstätigkeit fort. Das in diesem Abschnitt am Morgen abflauende Artilleriefeuer nahm am Nachmittag wieder an Stärke zu. An der übrigen Front lebte die Gefechtstätigkeit nur in den Abendstunden südwestlich von Cambrai, zwischen Oise und Aillette, nördlich von Berry-au-Bac und an einzelnen Stellen der Champagne fort.

Heeresgruppen Deutscher Kronprinz, von Gallwitz und Herzog Albrecht.

Der Feuerkampf bei Verdun ging heftig weiter. Die beiderseitigen Artillerien bekämpften sich vielfach mit größerem Munitions-Einsatz. Starke Tätigkeit entwickelte der Feind am Varoy-Walde. Das vom frühen Morgen ab gesteigerte Feuer hielt fast ohne Unterbrechung bis zur Dunkelheit an. Auch in den Abschnitten von Blamont und Badonville war die französische Artillerie rege.

Osten.

In der Ukraine haben württembergische, zur Säuberung der von Olwiskol nach Nordosten führenden Bahn vorgehende Truppen, bei Nowo-Ukrainka stärkere Banden im Kampfe vertrieben.

Der vertragsmäßig am 19. März abgelaufene Waffenstillstand mit Rumänien wurde bis zum 22. März mitternachts verlängert.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Endlich einmal ein vernünftiger Gedanke von Henderson!

Aufrechterhaltung der spanischen Neutralität.

Montag wurde das spanische Parlament eröffnet. Der König verlas die Thronrede, welche die herzlichen Beziehungen betonte, die Spanien mit allen Völkern der Welt aufrechterhalte, und erklärte, daß Spanien in offenbarer Uebereinstimmung mit dem Wunsche des Landes an der Neutralitätspolitik festzuhalten entschlossen sei. Wenn sie aber auch dem Beispiel der friedlichsten Nationen folge, so sei die Regierung doch aufmerksam bedacht, die Streitkräfte zu Wasser und zu Lande zu verstärken. Das Kabinett würde dem Parlament eine Vorlage zur Amnestie für alle politischen und sozialen Vergehen unterbreiten. Es werde dem Parlament ein Entwurf zugehen über geeignete Maßnahmen zur Verbesserung des Eisenbahnnetzes durch den Bau neuer Linien, zur Steigerung der Kohlenförderung, zur Erhaltung der Wälder, zur Hebung der Landwirtschaft und zur Vorbereitung der Häfen und der Schiffahrt für die starke Entwicklung des Ueberseehandels. Die wirtschaftlichen und finanziellen Mittel sollen durch Anleihen beschafft werden, um die Abwanderung von Kapital und Arbeit ins Ausland zu verhüten.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, den 19. März. (Amtlich.) **U-Booterfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz. 18 000 Brutto-Registertonnen. Ein tief beladener bewaffneter Dampfer wurde an der englischen Ostküste aus stark gesichertem Geleitzuge herausgeschossen. Ein anderer Dampfer, wahrscheinlich mit Munitionsladung versank augenblicklich nach der Torpedo-Detonation.**

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Mittwoch, 20. März.

Warum keine Höchstlöhne?

Die landwirtschaftlichen Blätter, allen voran die „Deutsche Tageszeitung", hat, wie unseren Lesern bekannt, bisher die Schuld an den unerhörten Preistreibereien auf dem Lebensmittelmarkte den — Arbeitern in die Schuhe geschoben. Die „hohen Löhne" der Munitionsarbeiter sollen nämlich schuld sein, daß die Preise so rapid in die Höhe gehen. Es wurde demgegenüber darauf hingewiesen, daß bei Kriegsausbruch schon unerhörte Preistreibereien einsetzten, als man von „hohen Löhnen" noch gar nicht reden konnte, im Gegenteil: als die Löhne herabgesetzt wurden. Es wurde ferner nachgewiesen, daß die Lohnsteigerungen notwendigerweise wegen der hohen Preise erfolgen mußte, und daß selbst die Arbeitgeber bei der Gewährung von Teuerungszulagen als Grund angaben, „den Arbeitern das Durchhalten in dieser schweren Zeit zu ermöglichen". Das Wort „Teuerungszulagen" besagt doch schon, daß die Lohnzulagen erfolgten, um sich die teueren Produkte kaufen zu können. Jetzt wirft ein früherer Generaldirektor eines großen oberschlesischen Werkes in der „Deutschen Tageszeitung" vom 3. März 1918 die Frage auf: „Wo liegt die eigentliche Ursache der Zunahme des Schleichhandels und der Schwierigkeiten der gerechteren Verteilung der Lebensmittel?" und er antwortet prompt: „Sie liegt daran, daß Höchstpreise für Arbeitslöhne nicht festgesetzt wurden!" Also sind die bösen Arbeiter nicht nur an der Teuerung schuld, sondern auch am Schleichhandel, an der mangelhaften Verteilung u. a.! „Die Arbeitslöhne steigen ins Ungemessene . . . Die Höchstpreise für die Produkte kommen nur langsam nach."

Das wagt jemand zu behaupten, der 3½ Jahre nicht auf dem Monde, sondern auf der Erde gelebt haben will. Er müßte einmal die Sonderbeilage zum Reichsarbeitsblatt lesen, in der über die Ausgaben einer Anzahl Familien Erhebungen veröffentlicht wurden. In der Broschüre sind die Kleinhandlespreise aus 51 preußischen Städten im September 1917 im Vergleich zum September 1913 angegeben, und zwar auf Grund der Statistischen Korrespondenz des Königl. Preußischen Statistischen Landesamtes in Berlin. Wir finden Preissteigerungen bei Erbsen um 165 Proz., Bohnen 124 Proz. Linsen 229 Proz., Kartoffeln 188 Proz., Butter 110 Proz., Schweineschwalz 181 Proz., Backobst 221 Proz., Milch 79 Proz., Eier 304 Proz., Roßfleisch 253 Proz., wenn auch einzelne andere Lebensmittel nur um 20 bis 50 Proz. gestiegen sind. Dafür sind aber im Jahresdurchschnitt Kartoffeln in verschiedenen Städten verschieden gestiegen. So in Berlin um 214 Proz., Hildesheim 200 Proz., Aachen 188 Proz., Brandenburg sogar um 300 Proz. In Lübeck beträgt der Prozentsatz auch über 200. Und Fleisch? Nach den Veröffentlichungen des Kaiserl. Statistischen Amtes sind die Preise im Kleinhandel bei Rindfleisch in den verschiedenen Städten zwischen 86 und 207 Proz. und bei Schweinefleisch zwischen 54 und 164 Proz. gestiegen. Die Kohlenpreise stiegen bis zu 237 Proz. Die Preise für Herren- und Damenstoffe, Knöpfe, Kurzwaren, Strümpfe, Wäsche, Haushaltungsgegenstände braucht man gar nicht anzuführen. Ein Stückchen Seife, das man früher mit 25 Pfg. kaufte, kostet heute 3,75 Mark, ein Scheuertuch statt 35 Pfg. 2,50 Mk., ein Topf statt 1 Mk. 4 Mk. Die Schuhe sind dermaßen im Preise gestiegen, daß man es in Prozenten fast gar nicht mehr ausdrücken kann. Die Höchstpreise sind dabei überall zu Mindestpreisen geworden.

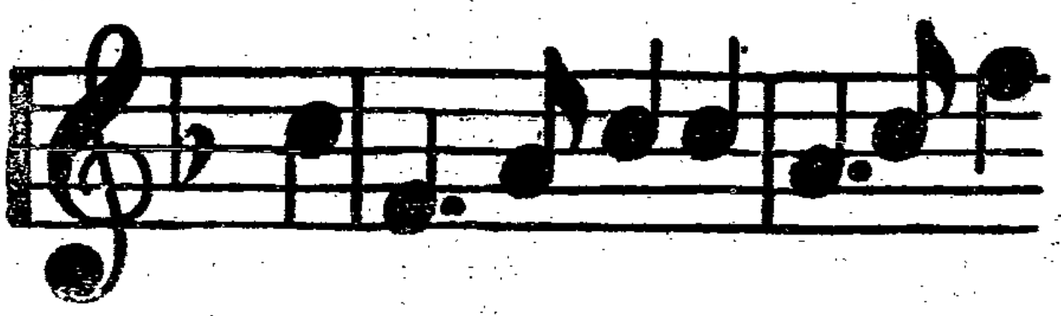
Wie steht es denn aber mit den Löhnen? Zu Beginn des Krieges gingen sie zurück. Das Kaiserl. Statistische Amt hat festgestellt, daß für die männlichen Arbeiter vom März bis Septbr. 1914 ein Rückgang von 5,17 Mk. auf 5,12 Mk. zu verzeichnen ist. 1915 erst zogen langsam die Löhne an, weil die Preise rapid gestiegen waren. Bei Verhandlungen über abgelaufene Tarifverträge gab man zaghaft 5 bis 15 Prozent Teuerungszulage. Weil die Preise weiterstiegen, mußten naturgemäß höhere Zulagen erfolgen. Das Kaiserl. Statistische Amt stellt von März 1914 bis September 1916 eine Lohnsteigerung von 46 Proz. fest. Die Löhne schwanken aber nach den einzelnen Berufszweigen sehr. Am ungünstigsten liegen naturgemäß die Verhältnisse in den nicht als Rüstungsindustrie in engerem Sinne anzusprechenden Berufszweigen: Tabakindustrie, Textilindustrie, Schneidergewerbe, Lebergewerbe, Buchdruckgewerbe u. a. mehr. In diesen Gewerben ist gegen 1914 und 1918 nur eine Lohnerhöhung bezw. Teuerungszulage von 10 bis 50 Proz. festzustellen. Kaufmännische Angestellte haben heute noch Löhne von 150 bis 250 Mk. monatlich. Die Teuerungszulagen für die Beamten im Reich und in den Einzelstaaten bewegen sich auch in recht bescheidenen Grenzen, für Unverheiratete bis 18 Proz., für Verheiratete bis 31 Proz. bei entsprechender Kinderzahl entsprechend mehr.

An der Hand dieser wenigen Zahlen läßt sich feststellen, daß kaum ein Lebensmittel gegenüber dem Friedenspreise unter 100 Prozent Aufschlag, vielfach aber bis 200 Proz. und darüber zu haben ist. Nimmt man aber die Steigerungen für Wäsche, Wohnungen, Heizung usw. hinzu und stellt daneben die ermittelten Lohnerhöhungen, dann muß jeder objektiv Urteilende zugeben, daß **die Lohnsteigerungen der Steigerung der Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände langsam gefolgt sind und heute noch weit hinter den Anforderungen zurückbleiben.**

Die Ursache des Schleichhandels und der mangelhaften Verteilung der Lebensmittel ist aber nach Ansicht des Herrn Generaldirektors auf die ins ungemessene gestiegenen Arbeitslöhne zurückzuführen. Wir wollen uns nicht in Auseinandersetzungen darüber einlassen, wer den Schleichhandel veranlaßt hat, wo man sich am meisten „durchschleichhandelt" und wo die höchsten Preise bezahlt werden. Ein Arbeiter beschafft sich ½ Pfund Fett im Schleichhandel, ein Pfund Speck oder Salzfleisch zu 7,50 Mark wird ihm durch die Betriebe vermittelt, um bei der anstrengenden Tätigkeit in der Munitionsindustrie seine Kräfte aufrechterhalten zu können und Sonntags, Werktags, Tag und Nacht vor glühendem Feuer, vor rasselnden Maschinen, in giftgeschwängerten Räumen oder tief unten in der Erde zu schaffen und zu wirken. Ein Kriegsgewinnler dagegen beschafft sich dasselbe nur in größeren Quantitäten, um bei der Flasche Wein oder Sekt oder ähnlichen Gelegenheiten besser durchhalten zu können.

Die Arbeiterschaft hat gegen Höchstlöhne grundsätzlich nichts einzuwenden, dann muß es aber auch wirkliche Höchstpreise geben, und zwar erschingliche Höchstpreise, und nicht nur das, sondern auch Produkte zum Höchstpreise. Die Landwirtschaft verlangt immer höhere Preise, und dem Verlangen wurde größtenteils nachgegeben. Auch für die neue Ernte sind wieder höhere Preise verlangt worden. Und sie werden auch gewährt, um die Produktion „anzureizen". Die Konsequenz von Höchstlöhnen wäre nicht nur Höchstpreise, sondern auch Höchstgewinne. Ob sich der frühere Generaldirektor des großen oberschlesischen Werkes, der gewiß heute noch an dem Gewinn partizipiert, diese Folgen klargemacht hat? Oder hat er sich nicht gedacht, die Dividenden von 100 und mehr Prozent, abgesehen von den Gratisaktien und Abschreibungen bis auf 1 Mk., könnten so weiter gehen, die Preise für landwirtschaftliche Produkte könnten weiter steigen, desgleichen die Preise der Bedarfsgegenstände, für Mieten usw., und gegenüber den Arbeitern könnte man verordnen, „daß neue Lohnforderungen von heute an nicht mehr gestellt werden dürfen." Man hat zwar heute schon den Arbeitszwang auf Grund des Hilfsdienstgesetzes eingeführt, der doch hauptsächlich für die Arbeiter gilt, man soll nun auch noch ein Gesetz machen, daß keine Lohnforderungen mehr gestellt werden dürfen. Zur Versöhnung zwischen Stadt und Land tragen derartige Abhandlungen, wie man sie immer wieder in der „Deutschen Tageszeitung" findet, keineswegs bei.

Die Kriegerfrauen, die nur mit ihrer staatlichen Unterstützung auskommen müssen, — und es sind ihrer sehr viele! — leiden ganz außerordentlich unter der großen Teuerung, die sich auf alle Lebensbedürfnisse erstreckt, soweit sie überhaupt noch zu kaufen sind. Man kann es wohl verstehen und ihnen nachfühlen, wenn sie erbittert darüber sind, daß diejenigen Stellen, in deren Hände die Macht gelegt ist, bei der Regelung der Frage der Volksernährung und -bekleidung so völlig versagt haben. Sie wissen ganz genau, daß der Reiche auch heute noch gut essen und trinken kann, während der Minderbemittelte nicht in der Lage ist, sich mit fragwürdigen Lebensmitteln und Ersatzmitteln einigermaßen



Es braust ein Ruf wie Donnerhall

durch alle deutschen Lande! Von heute an gibt es nur einen Willen, eine Pflicht:

Kriegsanleihe zeichnen!

sättigen zu können. Unter diesen Umständen ist es solchen Kriegerfrauen doppelt unsympathisch, wenn man sie immer wieder ermahnt, ja nicht zu klagen und alle Leiden möglichst wortlos zu tragen, zumal da nicht selten diejenigen, von denen solche Mahnungen ausgehen, über ausreichende Bar- und andere Mittel verfügen oder am Ende gar öffentlich erklären, daß sie die staatliche Unterstützung der Kriegerfrauen für genügend halten, wie das schon geschehen ist. Dieser Tage ist hiesigen Kriegerfrauen, als sie ihre Unterstützung ausgezahlt erhielten, dort von amtlichen Personen ein Flugblatt in die Hände gedrückt worden, — trotz der Papierknappheit — welches sich an die „deutsche Frau und Mutter" wendet und unter anderem folgendes ausführt:

Es vergeht ja kein Tag, an dem uns nicht jemand von den Nöten der Lebensmittelversorgung unterhält, von den immer steigenden Preisen für die notwendigsten Dinge, von den Mühen bei der Besorgung von Bezugscheinen, vom Stehen bei den Milchwagen, beim Bäcker, beim Schlachter — Stoff genug zu immer neuen Klagen. Wie wollen wir uns dazu verhalten? das ist eine ganz ungeheuer wichtige Frage, über die jeder mit sich selbst ins reine kommen muß. Wollen wir in diese Klagen einstimmen und damit uns selber und andern Mut und Kraft nehmen, dann sind wir der Tapferkeit derer, die da draußen an der Front tausendmal größere Schwierigkeiten für uns ohne Klagen überwinden, einfach nicht wert — oder wollen wir den Mut haben, den Klagen anderer ein zuversichtliches Wort und einen Hinweis auf so vieles, was uns geblieben ist, entgegenzusetzen? Ich meine, die Wahl ist hier nicht schwer, ein mutiges Wort weckt Mut bei uns und andern.

Gewiß hat ein mutiges Wort oft gute Wirkungen. Doch es ist mitunter nicht leicht, ein solches zu finden, wenn Not und Kummer das Herz bedrücken. Und deshalb sind viele Kriegerfrauen der Meinung, man solle, anstatt Flugblätter wie das erwähnte zu verteilen, dafür sorgen, daß die Ursachen der Klagen möglichst beseitigt werden. Solange aber gewisse Kreise während des Krieges ungehindert Reichtümer ansammeln können, solange Wucher und Schleichhandel blühen, können papierne Mahnungen an die Kriegerfrauen, „zu leiden und zu tragen", deren Stimmung nicht verbessern. Man mildere ihre Nöte durch die Tat, das wird am besten wirken; dann werden die Klagen am ehesten verstummen.

Die Auszahlung der Militärbezüge erfolgt am 29. (falls dieser Tag auf einen Sonn- oder Feiertag fällt, am 28.) jedes Monats im neuen Postgebäude Erdgeschoß (Eingang Braunstraße 5) erstmalig also am 28. März in der Zeit von 8—1 Uhr vorm. und 4—6 Uhr nachm.

Markenfreies Fleisch kann heutzutage in der Regel nur von solchen Personen zum Kauf angeboten werden, die es auf unredliche Weise erworben haben. Wer also solches Fleisch ankauft, ohne sich darüber Gedanken zu machen, woher es stammt, der macht sich der Hehlerei schuldig. Von diesem Gesichtspunkte aus hat am 23. November v. J. das Landgericht Lübeck den Gastwirt Karl W. wegen gewohnheitsmäßiger Hehlerei zu 1 Jahr Zuchthaus und den Vorarbeiter E. wegen einfacher Hehlerei zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Mitangeklagten Schlachter Heinrich B. und W. haben wiederholt größere Mengen Fleisch und Speck bei Cadow und einem anderen Schlachtermeister gestohlen und zu W. gebracht, der das Pfund Fleisch meist mit 2,50 Mk. bezahlte. Dieser Geschäftsverkehr hat sich längere Zeit hindurch fortgesetzt. Auch der Angeklagte E. hat verschiedenemale von B. über 20 Pfund gestohlenes Fleisch gekauft. W. sowohl wie E. wollen sich keine Gedanken darüber gemacht haben, woher die Verkäufer das Fleisch erhalten haben. Das Gericht war der Ansicht, daß sie bei den großen Mengen, um die es sich hier handelte, keinesfalls annehmen konnten, daß es sich um redlich erworbene Waren handelte. W. ist überdies durch sein Dienstmädchen überführt worden. Gegen das Urteil hatten W. und E. Revision eingelegt mit der Begründung, der innere Tatbestand sei nicht ausreichend festgestellt. Das Reichsgericht war jedoch der Meinung, es gehe mit genügender Klarheit aus dem Urteile hervor, daß die Angeklagten von dem strafbaren Erwerb des Fleisches Kenntnis hatten, und verwarf deshalb heute die Revision als unbegründet.

Goethe über das Kriegsbrot. Im zweiten Teil von „Faust", diesem Dom, in dem alles Vergangene und Gegenwärtige, jegliche Zukunft schon eingebaut ist, trifft man auf eine Stelle, die augenscheinlich auf das Kriegsbrot von heute gemünzt ist. Dort spricht Mephistopheles:

Warum man sich doch ängstlich müht und plackt,
Das ist gewöhnlich abgeschmackt.
Zum Beispiel unser täglich Brot
Das ist nun eben nicht das feinste.

Zu dem gestern gemeldeten Unfall bei der Flender A.-G. erhalten wir von Herrn Lange, dem Führer der Lübecker Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz, folgende Zuschrift: Unter der Ueberschrift „Arbeiterrisiko" finde ich in Ihrer Zeitung vom Dienstag, 19. März 1918 folgenden Schlußsatz: „Ferner konnten es die Arbeiter nicht verstehen, daß der schwerverletzte Mann länger als eine Stunde auf dem Platze bleiben mußte . . . ." Ich gestatte mir zu diesem Punkt zu bemerken, daß uns der Unfall kurz vor 2 Uhr gemeldet wurde. Die Alarmierung der Transportmannschaften geschah sofort. Um so schnell wie irgend möglich an die Unfallstelle zu gelangen, wechselten wir bei der Weiche Roeckstraße die Triebwagen 49 und 22, da der letztere schneller läuft. In Israelsdorf konnten wir jedoch leider nicht weiter, da wir bei dem eingleisigen Unterbau zur Vermeidung von Unfällen die Kreuzung nicht überfahren konnten. Die Sanitätsmannschaften sind demnach so schnell wie nur irgend möglich eingetroffen und ist ein schnellerer Abtransport durch Pferd und Wagen nicht möglich, da die Beförderung mit der elektrischen Bahn vom Landgebiet aus die schnellste ist. — Anm. der Red.: Wir wollen ausdrücklich feststellen, daß in unserer gestrigen Notiz keinerlei Vorwurf gegen die Sanitätskolonnen enthalten ist. Die Arbeiter wußten, daß im Betriebe Fuhrwerk war, welches zum Transport benutzt werden konnte.

Den Offenbarungseid leisteten im Monat Januar fünf Personen, darunter eine Frau.

Konkurseröffnung. Ueber den Nachlaß des am 21. Februar 1918 zu Lübeck verstorbenen Buchhändlers Wilhelm Franz Karl Molkau ist am 19. März 1918, vormittags 10,30 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Mandatar Grünau in Lübeck wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Der Touristen-Verein „Die Naturfreunde" veranstaltet die Ostertage über eine Tour nach der Fischbeker Heide—Maschen. Die Tour erstreckt sich durch die Fischbeker Heide, Rosengarten und einem Ausläufer der Tünnburger Heide. Die Kosten belaufen sich auf zirka 7,00 Mk. Näheres Inserat. Gäste herzlich willkommen. Deren Anmeldung nimmt der Obmann Wilh. Mengel, Balauerfohr 10, II. entgegen.

Die Kämpfe im Rigaischen Meerbusen soll ein Lichtbilder-Vortrag veranschaulichen, den der Deutsche Flottenverein am Sonnabend abend im Marmorsaal veranstaltet. Der Reinertrag ist für wohltätige Zwecke bestimmt. Siehe Inserat.

Altona. Vor einer Steuerkatastrophe. In einem Steuerprozeß hat das Oberverwaltungsgericht im Gegensatz zu der Entscheidung der Vorinstanz den Einkommensteuertarif der Stadt Altona für ungültig erklärt. Die städtischen Kollegien haben sich bereits im Anschluß an die geheime Sitzung mit der Angelegenheit beschäftigt und die für das kommende Steuerjahr zu treffenden Maßnahmen besprochen. Voraussichtlich wird der Erlaß eines besonderen Gesetzes erforderlich werden, um der Stadt Altona die Möglichkeit zu verschaffen, der Eigenart ihrer Lage auf steuerlichem Gebiete gerecht zu werden. Auch gegenwärtig ist ja der Stadt durch das Kommunalabgabengesetz eine Ausnahmestellung mit Rücksicht auf die notwendige Anpassung an die Hamburger Einkommensteuer eingeräumt. Der Magistrat beabsichtigt, den Zeitungen in den nächsten Tagen eine eingehende Darstellung der ebenso eigenartigen wie für unsere Stadt bedeutungsvollen Angelegenheit zugehen zu lassen.

Hadersleben. Eine Familientragödie. „Freiwillig" in den Tod gegangen ist gemeinschaftlich mit ihrem 11 Monate alten Kinde eine Ehefrau aus Kalleshave, die einer Unredlichkeit überführt worden war. Die Frau, deren Mann im Heeresdienst steht, hatte außer einem Brief an ihren Mann einen Zettel auf dem Tisch liegen lassen mit der Mitteilung, daß man die Leichen in einer Mergelkuhle finden würde. Als die Kinder nachts erwachten und vergeblich nach ihrer Mutter riefen, fanden sie den Zettel und mit Hilfe des Großvaters wurden die Frau und das Kind, leider nur als Leichen, geborgen.

Allerlei Wissenswertes.

Lüften der Tierställe.

An frischer Luft darf es in keinem Stalle fehlen. Daher haben hohe und geräumige Ställe immer einen Vorzug, weil die größere Luftmenge nicht so leicht durch die bei der Atmung ausgestoßene Kohlensäure und durch Ausdünstung des Stalldungs verunreinigt wird. Die beste Probe, ob die Stallluft genügend gut ist, gibt die Lunge des Menschen ab. Fühlt sich diese in derartigen Räumen in ihrer Tätigkeit gehemmt oder gar zum Husten gereizt, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Lungen der Tiere dieselben Empfindungen haben. Oft trifft man, daß in den Ställen alle Luftwege sorgfältig abgeschnitten sind und dadurch eine schlechte Luft erzeugt wird, die sich bis zur Unerträglichkeit steigern kann. Ohne jede Kosten kann hier Abhilfe geschaffen werden durch das Anbringen von zwei Reihen kleiner Oeffnungen, wovon die eine Reihe sich am Boden zum Eintreten der kühlen, die andere sich in entgegengesetzter Seite in Deckenhöhe zum Entweichen der warmen und verdorbenen Luft befinden soll. Allerdings muß bei der Anlage einer solchen Ventilation dafür gesorgt werden, daß die Bewohner des Stalles nicht direkt von dem Luftzuge getroffen werden. Mehr empfehlen sich die schon vielfach in Gebrauch befindlichen, gut schließenden Fenster, welche, mit beweglicher Scheibe versehen, ein beliebiges Oeffnen und Verschließen in bequemster Weise gestatten. Die Wärmegrade, welche im Stalle vorherrschen sollen, können ohne Thermometer lediglich durch die Gefühlsprobe festgestellt werden.

Neueste Nachrichten.

Zur Stichwahl in Niederbarnim.

Berlin, 19. März. Eine Kreiskonferenz der Unabhängigen in Niederbarnim hat einstimmig beschlossen, für die Stichwahl zwischen Wissell und Breitscheid Stimmenthaltung zu empfehlen.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co, Sämtlich in Lübeck.

Heinrich Göring
Ida Göring
geb. Stapelfeld
Kriegsgetraut.
Für die vielen Geschenke und Gratulationen danken herzlich. (1199) D. O.

Nach langem schwerem, in großer Geduld ertragenem Leiden entschlief Montag nacht 11¾ Uhr sanft u. ruhig in seinem 18. Lebensjahre unser geliebter hoffnungsvoller Sohn und Bruder
Heinrich Höppner.
In tiefstem Schmerz
Jul. Höppner u. Frau
geb. Sevke nebst Sohn Ewald und allen Verwandten.
Lübeck, Ludwigstr. 69.
Beerdigung Sonnabend. Beginn d. Trauerfeier 3 Uhr in der Kapelle des Vorwerker Friedhofes. (1192

Allen, die unserm lieben Entschlafenen die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, insbesondere seinen Mitarbeitern der Quarantäne-Anstalt, sowie Herrn Pastor Stülcken für seine trostreichen Worte unsern tiefgefühlten Dank. (1195
Elisabeth Reppenhagen und Kinder.

Gesucht ein (1200
Schneiderlehrling.
Kirstein, Braunstr. 19, I.

Suche zu sofort oder später
einen Hausburschen
außer dem Hause. (1187
Wilhelm Hohenschild,
Markt-Drogerie, Marktstr. 42c.

Junge,
welcher Ostern die Schule verläßt, zur Hilfe in der Gärtnerei gegen Lohn u. Vergütung. (1186
Luplow, Beim Tannenhof 1.

Ein konfirmiertes Mädchen
für einige Morgenstunden gesucht.
1189) Hüxenstraße 4.

Ankauf von Silbersachen.
Um die finanzielle Wehrkraft unseres Vaterlandes zu stärken, ist im Bureau des Vereins zur Hebung des Fremdenverkehrs in Lübeck, **Mengstraße 4,** eine Ankaufsstelle für Silber eingerichtet worden. Die Bevölkerung wird im vaterländischen Interesse gebeten, alle entbehrlichen Silbersachen dort gegen Bezahlung von (1179
13 Pfennig für 1 g
abzuliefern. — **Annahmezeit täglich von 11 bis 1 Uhr.**
Die Abgabe von **Juwelen und Goldsachen** erfolgt nach wie vor bei Herrn Goldschmied **G. Schwartzkopf,** Breite Straße 73.
Gold- und Silberankaufsstelle Lübeck.

Ein möbliertes Zimmer
zu vermieten. (1188
Langer Lohberg 20, I.

Zum 1. April Laden
zum Möbeleinstellen zu vermiet. 14 qm. Näh. Broingstr. 44, pt.

Zu verkaufen guterh. **Scheidenschiebkarre.** Stockelsdorf,
1196) Ahrensböcker Straße 14.

Schulbücher der 6.—3. Klasse (Mittelschule) sowie Klassenmütze der 3. Klasse zu verkaufen.
1197) Warendorpstr. 6, pt.

Eine guterh. Schiebkarre
preiswert zu verkaufen. (1194
Georgstr. 4.

Erbsenbusch
zu verkaufen, wird auch nach Lübeck geliefert. (1180
Johann Hartmann, Köckenitz.
Endstation Linie 14.

Verloren ein **Gart** mit Haken bei der Straßenbahn-Haltestelle Burgtor. Abzug. gegen Belohn.
1191) Hundestr. 80.

Sauerkohl
vorrätig. (1198
Gottl. Frost, Rosenstr. 2.

Trockenes Tannenholz
zum Anheizen frei Haus per Sack **3.20,** ab Lager **3.—** empfiehlt (1178
Heinrich Boye,
Kohlen- und Holzhandlung,
Lindenstr. 17c Fernruf 913.

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.
e. G. m. b. H.
Achtung Mitglieder von Stockelsdorf und Fackenburg!
Nach einer neuen Anordnung sollen neue Kundenlisten angelegt werden. Wir bitten alle Mitglieder, bis zum 23. März gegen Vorlegung ihres Butterbuches sich in unseren Abgabestellen in Stockelsdorf oder Fackenburg eintragen zu lassen.
1201 **Der Vorstand.**

Deutscher Flottenverein, Landesverband Lübeck
Oeffentlicher Lichtbildervortrag
über die
Kämpfe im Rigaischen Meerbusen um die Inseln Moon und Oesel
im Marmorsaal des Stadttheaters
am Sonnabend, dem 23. März, 7½ Uhr abends.
Ein Drittel des Reinertrages ist bestimmt für die Unterstützungskasse des Marinevereins, zwei Drittel für den Lazarettzug Nr. 1, Lübeck.
Numerierte Plätze Mk. 3.—, 2.— und 1.—. Den Vorverkauf hat Herr **Otto Borchert,** Breite Straße 65, gütigst übernommen.
Mitglieder des Flottenvereins zahlen gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte im Vorverkauf Mk. 2.50, 1.50 und 75 Pfg. bei Herrn Borchert.
Ein Verzeichnis der 36 Bilder ist für 15 Pfg. an der Abendkasse zu erhalten. (1181

Lübecker Weinhaus Otto Voigt
obere Fleischhauerstrasse 14
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Weine, Spirituosen u. Liköre.
Portwein, Sherry, Madeira, Malaga | Samos, Rhein- und Mosel-Weine, Rotwein | Bordeaux-Weine, Apfelwein, Rum, Kognak, Liköre 1202

Glasscheiben
aller Art off.
O. Tauchnitz, Glashandlg., Fleischhauerstr. 35, Fernr. 2808

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei „Lüb. Volksbote"
Johannisstraße 46.

Konsumverein für Lübeck und Umgegend.
E. G. m. b. H.
Bezirksversammlung
für die Mitglieder
St.-Lorenz-Süd
am Freitag, dem 22. ds. Mts.
abends 8 Uhr
im Restaur. „Zur Himmelsleiter"
Margaretenstraße,
für die Mitglieder
St.-Lorenz-Nord
am Sonnabend, d. 23. ds. Mts.
abends 8 Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tagesordnung in beiden Versammlungen:
1. Bericht des Vorstandes.
2. Wahlen zum Genossenschaftsrat.
3. Genossenschaftliches.
Wenn auch, besonders für die Mitglieder von St.-Lorenz-Nord, das gewählte Versammlungslokal nicht recht gelegen ist, so bitten wir doch um recht zahlreichen Besuch.
1185) **Der Vorstand.**

Ostertour
nach der
Fischbecker Heide—Maschen.
Treffpunkt: **Sonnabend, den 30. März,** 4½ Uhr Bahnhof.
Rückkehr: 2. Ostertag, abends 12.05 Uhr.
Kosten: Zirka Mk. 7.00.
Gäste herzlich willkommen.
1190) **Der Vorstand.**
NB. Die Spargelder werden am Karfreitag 8 Uhr beim Genossen **Paul Radike** ausgezahlt.

Hansa-Theater.
Heute abend 7 Uhr: (1184
Bis früh um Fünfe.

Stadttheater. 1188
Mittwoch, den 20. März 1918:
Die Fledermaus.
Donnerstag, d. 21. März 1918
Die lustigen Weiber von Windsor.
Freitag, den 22. März 1918:
Einmaliges Gastspiel der Kgl. Hofschauspielerin **Melitta Leithner** vom Hoftheater Dresden:
Medea.
Tragödie von Grillparzer.
Anfang der Vorstellungen 7 Uhr.

Nr. 67
25. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Mittwoch,
den 20. März 1918

Aus dem Hilfsdienstausschuß.

Der Bundesrat hat eine Verordnung erlassen, wonach künftig bei Beschwerden gegen Festsetzung von Strafen die Beschwerden nicht mehr an die Zentralinstanz, sondern an den Feststellungsausschuß zu richten sind. Die Beschwerde muß eingelegt werden bei dem Einberufungsausschuß, der die Strafe verhängt hat. Der Einberufungsausschuß muß die Beschwerde dann weiter geben, er ist aber auch berechtigt, aus eigener Entschließung die Strafverfügung abzuändern. Die Beschwerde hat aufschiebende Wirkung. Dieser Verordnung wurde vom Ausschuß zugestimmt.

Abg. Bauer referierte dann über die Petition eines Hilfsdienstpflichtigen und bemerkt bei dieser Gelegenheit, daß vielfach **Hilfsdienstpflichtige in Giftfabriken beschäftigt** werden und sich **dort in kurzer Zeit völlig ruinieren.** Die Unfallfürsorge tritt in diesem Falle nicht ein, weil die Folgen dieser Vergiftungserscheinungen nicht als Betriebsunfälle angesehen werden. Der Ausschuß beschloß, die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen mit der Maßgabe, daß um Ausdehnung der Unfallfürsorge auf diese Arbeiterkategorie ersucht wird.

Abg. Stücklen referierte dann über eine Reihe von Protokollen, die der Magistrat Berlin dem Hilfsdienstausschuß übermittelt hat. Aus den Protokollen ergibt sich, daß Agenten der Tiefbauunternehmer, die in den besetzten Gebieten Erdarbeiten auszuführen haben, Arbeitskräfte anwerben, meist vielfach junge Leute von 16, 17 und 18 Jahren, und sie in die besetzten Gebiete hinaussenden. **Die Agenten erhalten für jeden Kopf, den sie vermitteln, 8 bis 12 Mk. Entschädigung.** Ihre Bureaus haben sie in Gastwirtschaften aufgeschlagen, wo ihnen junge Leute zugeführt werden. Diese jungen Leute werden dann draußen zum Teil mit vielfach vorbestraften Menschen zusammengelegt. Die Unterkunft ist die denkbar schlechteste, es wimmelt überall von Ungeziefer, die Verpflegung ist außerordentlich mangelhaft und die Behandlung läßt überaus viel zu wünschen übrig. Die Leute sind vollkommen rechtlos; die Unternehmer haben mit ihnen Verträge abgeschlossen, die direkt gegen das Gesetz verstoßen. Die Baracken, in denen die Arbeiter untergebracht sind, werden nachts von Militärposten bewacht. Die Folge dieser ganzen Zustände ist, daß die Fluchtversuche außerordentlich zahlreich sind. Werden die Leute von den Feldgrauen aufgegriffen, dann werden sie mit Arreststrafen belegt. Das Material, das der Referent vortrug, wirkte geradezu erschütternd und er stellte die Frage an das Kriegsamt, was es zu tun gedenke, um diesem ungeheuerlichen Skandal schleunigst ein Ende zu machen.

Die Vertreter des Kriegsamtes erklärten, daß ihr Amt sofort, als es Kenntnis von den Zuständen erhalten habe, durch den Generalquartiermeister Erhebungen veranstaltet habe. Das Vorgehen der Agenten sei in keiner Weise zu billigen. Soweit sie den Arbeitern schwindelhafte Angaben gemacht haben, seien sie bereits der Staatsanwaltschaft angezeigt worden. Die Verträge seien vom Kriegsamt nicht geprüft worden, denn dazu sei eine andere Stelle zuständig gewesen.

In der Aussprache waren sich alle Redner darüber einig, daß solche Zustände geradezu ungeheuerlich seien und daß die Militärverwaltung die Pflicht habe, schleunigst dafür zu sorgen, daß Remedur eintrete. Die Petition des Berliner Magistrats wurde schließlich einstimmig dem Kriegsamt zur Prüfung und zur weiteren Berichterstattung überwiesen.

Die übrigen Petitionen, die zur Erledigung standen, hatten keinerlei allgemeines Interesse.

Steuerfragen im preußischen Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat am Montag den Etat des Finanzministeriums zu Ende beraten. Zur Annahme gelangte eine Reihe von Entschließungen, u. a. eine, die die Regierung auffordert, dem Landtage tunlichst noch in der laufenden Tagung einen Gesetzentwurf über die Neuordnung der Einkommen- und Ergänzungssteuer vorzulegen, in dem noch mehr als bisher auf die Leistungsfähigkeit der Steuerzahler Rücksicht genommen wird, und zweitens dahin zu wirken, daß das Reich bei der Aufnahme seiner Finanzen — nötigenfalls gegen Uebernahme eines Teiles der Kriegslasten durch die Bundesstaaten und Zusicherung entsprechender landesrechtlicher Besteuerung des Besitzes — von jedem weiteren Eingriff in die Besteuerung des Einkommens und Vermögens oder in diese Steuerquellen selbst absieht.

In der Debatte trat bei den Mehrheitsparteien das Bestreben hervor, das Reich an der Erhebung von direkten Einkommen- und Vermögenssteuern zu verhindern, man stellte sich auf den Standpunkt, daß das Sache der Einzelstaaten sei. Genosse Haenisch wies auf die Schwierigkeiten hin, die dadurch entstehen, daß der eine Einzelstaat auf diese, der andere auf jene Weise die Steuern erhebe. Im übrigen drehte sich die Debatte wiederum um allgemeinpolitische Fragen und unser Redner trat mit Nachdruck den konservativen Wortführern entgegen, die die Gelegenheit benutzt hatten, um für einen Gewaltfrieden mit einer hohen Kriegsentschädigung Propaganda zu machen.

Eine weitere Entschließung fordert die Regierung auf, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß den Kreisen und Gemeinden gegenüber eine schnellere Zurückerstattung der von ihnen für die Familienangehörigen der Kriegsteilnehmer gemachten Leistungen und eine Entschädigung für die Zinsen dieser Aufwendungen erfolgt. Eine dritte Entschließung ersucht die Regierung, dahin zu wirken, daß die Bezüge der Kriegsbeschädigten und der Hinterbliebenen gefallener oder an den Folgen des Krieges verstorbener Krieger eine der gegenwärtigen Teuerung entsprechende Erhöhung erfahren.

Beim Etat der Verwaltung der direkten Steuern überwies das Haus einen freikonservativen Antrag, der die Regierung ersucht, die zuständigen Behörden anzuweisen, bei der Veranlagung zur Einkommensteuer einen Abnutzungsbetrag bis zu ein Prozent des Feuerkassenwertes in der Regel unbeanstandet zu lassen und außerdem den besonderen, durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen Rechnung zu tragen, an die Gemeindekommission.

Aus der Partei.

Fallen seh' ich . . . Bei den am Sonntag vollzogenen Gemeindevertreterwahlen in Mariendorf bei Berlin wurde die Liste der Sozialdemokratie mit 141 bis 143 Stimmen gegen 100 bis 101 Stimmen, die auf die Liste der „Unabhängigen" fielen, gewählt. Mariendorf war eine Hochburg der Unabhängigen oder wurde vielmehr — dafür gehalten, bis die erste Wahl nach der Spaltung den wahren Sachverhalt entschleierte. Wie in so vielen anderen Orten und Kreisen!

Gewerkschaftsbewegung.

Die Einigung im Leipziger Gewerkschaftskartell gescheitert. In Leipziger Gewerkschaftskreisen war zwischen den ausgetretenen Gewerkschaften und der Generalkommission vereinbart worden, in einer Vertrauensmännerversammlung eine gründliche Aussprache über die Streitpunkte und dann die Wiedervereinigung herbeizuführen. Die ausgetretenen Gewerkschaften stellten jedoch nachträglich die Bedingung, daß bei dieser Gelegenheit die Politik der Generalkommission verurteilt und namentlich in der Leitung des Leipziger Kartells gründlich Wandel geschaffen werde. So verzögerte sich die angesetzte Aussprache, bis schließlich der letzte Sonntag dafür angesetzt wurde. Die Leipziger Handlungsgehilfen hatten jedoch daran festgehalten, die Einigungsverhandlungen mit vorher gestellten Bedingungen zu belasten, und waren deshalb zu ihnen nicht eingeladen worden. Da sie nur zur Wiedervereinigung bereit waren, wenn die Mehrheit des Kartells sich ihnen bedingungslos unterwarf, erschien ihre Teilnahme an der Aussprache zwecklos. Darauf haben auch die übrigen ausgetretenen Gewerkschaften beschlossen, sich an der Verhandlung nicht zu beteiligen, womit die Einigung der Leipziger Gewerkschaften wieder auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben ist.

Für unsere Feldgrauen.

Herabsetzung militärischer Strafen.

Der Reichstag hat einem Gesetzentwurf zugestimmt, der eine erhebliche Herabsetzung der zum Teil sehr hohen militärischen Mindeststrafen vorsieht. Im Anschluß daran forderte der Reichstag, daß diese Milderung auch den bereits Verurteilten zugute kommen sollte und zwar auf dem einzig möglichen Wege des Gnadenaktes. Zu diesem Wunsche des Reichstags hat die Regierung jetzt Stellung genommen. Nach einem Erlaß des Kriegsministers haben die Gerichtsherren der höheren Gerichtsbarkeit, denen die Strafvollstreckung obliegt, alle Strafsachen, in denen während des gegenwärtigen Krieges eine Verurteilung auf Grund der nunmehr durch das obige Gesetz gemilderten Bestimmungen erfolgt ist, eine Nachprüfung zu unterziehen. Diese ist darauf zu richten, ob die Strafe milder ausgefallen wäre, wenn das neue Gesetz zur Zeit der Aburteilung bereits gegolten hätte. In den hiernach zu einer gnadenweisen Milderung der Strafe geeignet befundenen Fällen, ausnahmlos aber in den Fällen, in denen nach dem bisherigen Gesetz auf die Mindeststrafe erkannt war, sind die Akten dem zu einer Begnadigung ermächtigten Befehlshaber, in Ermangelung eines solchen dem Präsidenten des Reichsmilitärgerichts auf dem Dienstwege vorzulegen. Bei der Beurteilung sind alle Milderungsgründe, insbesondere Führung, Verhalten vor dem Feinde, Einwirkungen der Feldverhältnisse usw., wohlwollend zu berücksichtigen.

Bei Vorlage der Akten ist eine Unterbrechung der Strafvollstreckung in Erwägung ziehen. Sie ist auch dann anzuordnen, wenn anzunehmen ist, daß nach Ermäßigung der Strafe zwar noch ein Rest davon zu vollstrecken bleiben, daß die Vollstreckung dieses Restes aber ausgesetzt werden wird.

Ausgenommen von der Vorlage sind:

1. diejenigen Strafsachen, in denen die Strafen bereits verbüßt sind,
2. diejenigen, in denen schon ein völliger oder auch bei den Bestimmungen des neuen Gesetzes ausreichender Erlaß der Strafe stattgefunden hat,
3. vorläufig diejenigen, in denen die Strafvollstreckung ausgesetzt oder unterbrochen ist. Soll in diesem Falle die Vollstreckung angeordnet werden, so sind Prüfung und

Die Gerichtsherren haben ferner die erforderlichen Anordnungen zu treffen, daß die Strafregisterbehörden in den Fällen, in denen aus Anlaß des neuen Gesetzes die Milderung erfolgt, bei der Mitteilung des Gnadenerweises ersucht werden, dem Vermerk über die gnadenweise Milderung die Worte hinzuzufügen:

„aus Anlaß des Gesetzes vom 25. April 1917 betreffend Herabsetzung von Mindeststrafen des Militärstrafgesetzbuchs".

Ein gleicher Zusatz zu dem Strafvermerk ist auch in die Militärpapiere einzutragen.

Aus dem Gerichtssaal.

48 600 Mark Geldstrafe. Die Braunsberger Strafkammer verurteilte den Meiereiverwalter Ernst Zürcher wegen Landfriedbruchhandels und Beamtenbestechung zu einer Gesamtstrafe von 48 600 Mark.

Aus Nah und Fern.

Vierfacher Raubmord in Russisch-Polen. In dem Dorfe Starosein, Kreis Lubartow, Gouvernement Lublin, ermordeten sechs maskierte Räuber den wohlhabenden Einwohner Starkmann, dessen Frau und zwei Kinder. Zwei andere Kinder wurden schwer verletzt. Ihr Zustand ist hoffnungslos. Einem zu Hilfe eilenden Wächter wurde der rechte Arm abgehackt. Die Mörder raubten eine größere Summe Geldes sowie verschiedene Wertsachen und entkamen.

Durch Zerspringen einer Stahlflasche mit Sauerstoff kamen auf den Rheinischen Stahlwerken in Meiderich mehrere Personen ums Leben, einige schwer Verletzte mußten dem Krankenhaus zugeführt werden.

Die Katastrophe von St. Denis. Erst am Sonntag nachmittag konnten die Pariser Behörden bekanntgeben, daß weitere Explosionen in dem Munitionslager von Gournevre nicht zu befürchten seien, so daß heute jene Werkstätten in St. Denis und Umgebung, die infolge der Katastrophe gesperrt waren, wenigstens teilweise ihre Arbeit wieder aufnehmen konnten. Immerhin dürften noch 15000 Arbeiter für einige Zeit brotlos bleiben. Der Fliegerpark von Beurget hat nach Angaben des Lyoner „Progrès" gelitten. Die Herstellungsarbeiten werden eifrig fortgesetzt. Das Gesamtbild der Unglücksstätte macht den Eindruck, als wäre ein großes Erdbeben darüber hinweggegangen; Ruinen, eingestürztes Mauerwerk, abgerissene Dächer, geknickte Bäume, in deren Gezweige man noch immer verkohlte und von der Gewalt der Explosionen zerrissene Gliedmaßen findet. Berichte aus Spitälern stellen fest, daß die Zahl der Schwerverletzten etwa 600 beträgt. Die übrigen konnten häuslicher Pflege überlassen werden.

Wolkenbruch in Südafrika. Nach einem Reuter-Telegramm aus Kapstadt vom 19. März gingen über den gesamten Gebieten der Karroo-Ebene wieder Wolkenbrüche nieder und verursachten viel Schaden an Eisenbahn und Eigentum, aber Menschenleben gingen nicht verloren.

Handel und Wandel.

Von F. W. Hackländer.

52. Fortsetzung.

Der Doktor faßte den aufgeregten kranken Mann aber jetzt mit starker Hand und hielt ihn an der Tür zurück. „Gehen Sie ihm aus den Augen," flüsterte er eilig dem Buchhalter zu, und dieser, der infolge seiner begreiflichen Angst vor allen scharfen Instrumenten in der Hand seines Prinzipals nun plötzlich allein gehen konnte, entfloh eiligst durch eine Seitentür, wir alle sprangen vor den Herrn Stieglitz, um ihn nötigenfalls mit Gewalt zu halten, da wir fürchteten, er werde dem Verwundeten nacheilen. Doch ruhig, fast groß blickte er einen Augenblick auf die Tür, durch welche der Herr Specht verschwunden, und sagte: „Er fliehe, sein Schicksal ereilt ihn doch, mir komme er aber nie mehr vors Angesicht!" Er reichte mir die Waffe, die er in der Hand trug. „Nimm dies Schwert, mein Page," sprach er, „folge mir in mein Gezelt!" Darauf wandte er sich um und ging nach seinem Zimmer. Den Doktor hatte er bei der Hand gefaßt und zog ihn mit sich, ich folgte, den Säbel in der Hand, der Prinzipalin, die mit gefalteten Händen und wankendem Schritt hinter ihnen drein ging.

In seinem Zimmer angekommen, war der unglückliche Mann still und folgsam. Der Doktor brachte ihn zu Bett, ließ ihm zur Ader, verordnete ihm Umschläge und erklärte, die Nacht bei dem Kranken bleiben zu wollen. Madame Stieglitz konnte ich nicht wieder, sie hatte sich im Vorzimmer auf einen Lehnstuhl niedergelassen und saß da regungslos und nachdenkend, den Kopf tief auf die Brust gesenkt. Bald entschlief der Kranke und auf einen Wink des Doktors ging ich auf mein Zimmer.

Den andern Tag durfte niemand zu dem Prinzipal und selbst der Kreisphysikus, der von dem Apotheker etwas von dem Unfalle gehört hatte, wurde nicht vorgelassen und nur von der Prinzipalin empfangen, die ihm sagte, gestern abend sei Herr Stieglitz von einem Schlaganfalle getroffen worden und da ihn zufälligerweise ein junger Arzt, der sich seit kurzem hier niedergelassen, nach Hause begleitet, so wollte er niemand anders, als diesen um sich sehen. „Sie kennen ja," setzte die Frau hinzu, „die sonderbare Gemütsstimmung meines Mannes und wissen wohl, daß da nichts zu machen ist."

Der Kreisphysikus war ein alter gutmütiger Mann, kinderlos und sehr reich, der die besten Häuser der Stadt nur noch so aus alter Gewohnheit beibehielt, und weil er, als starker Schnupfer in fast jedem derselben eine große Schnupftabaksdose stehen hatte. Bei seiner schwachen Gesundheit war er des Nachts kaum zu bewegen, seine Patienten zu besuchen, er hielt sich deshalb mehrere junge Aerzte zur Aushilfe und war aus diesen Ursachen auch über den neuen Eindringling im Stieglitzschen Hause nicht ungehalten. Die Verwundung des Buchhalters Specht wurde gar nicht erwähnt, und nachdem sich der Kreisphysikus eine halbe Stunde mit der Prinzipalin unterhalten, die aber seinen lustigen Geschichten diesmal nur ein halbes Ohr lieh, entfernte er sich wieder.

Nicht so leicht abzumeisen war der Pfarrer Sproßer, der seinen geistlichen Beistand mit aller Gewalt auf- und mit salbungsvollen Worten in das Krankenzimmer eindrang. — „Ist auch unser Wort," sagte er mit siegreichem Lächeln zur Madame Stieglitz, „bitter für manche Herzen und will nicht eindringen in manches Ohr, so ist es doch für die Seele gesund und stärkend, und muß dem Kranken wie oftmals eine widerwärtige Arznei mit Gewalt eingeflößt werden; namentlich ist mein teurer Freund, der verehrte Chef dieses Hauses," setzte er listig hinzu, „schon längere Zeit kränker an der Seele, als er es an seinem Leibe je werden kann." Die Prinzipalin zuckte die Achseln und ließ ihn sein Heil versuchen. Es dauerte aber nicht lange, so kam der Geistliche wieder zurück, etwas blaß und verstörten Angesichts. Der Doktor Burbus war gerade bei der Prinzipalin. „Ich muß," sagte Sproßer sonderbar lächelnd, „eine günstigere Zeit abwarten, dann aber mit aller Kraft dahintergehen, eine Seele, die kräftiglich gefaßt ist von den Krallen des Bösen, vom ewigen Verderben zu erretten. O Frau," setzte er mit erhobenem Blick hinzu, „ich habe gotteslästerliche Reden gehört und wäre fast ein Opfer meines Berufs geworden; die Hand des Bösen regierte den Kranken und eine silberne Gabel, mit welcher derselbe eingemachte Früchte verspeiste, warf er nach meinem Haupte. Doch der Schirm des hohen Gottes, der beisteht den Gerechten, lenkte sie von mir ab. Laßt uns beten meine Freunde!"

Ein Lächeln zuckte über das Gesicht des Doktors, um aber gleich darauf dem grimmigsten Ernst Platz zu machen. „Man hat Ihnen, Hochverehrtester, bemerkt," sagte er, „daß der kranke Mann heute nicht zu sprechen ist, und wenn man zu jemand eindringt, der gestern beinahe einem heftigen Schlaganfall unterlag, so muß man sich nicht wundern, wenn die aufgeregten Nerven dem unwillkommenen Besucher nicht gerade angenehme Dinge sagen; der Herr Stieglitz selbst hat befohlen, niemand vor ihn zu lassen."

Erstaunt sah der Prediger auf den Sprecher und wandte seinen Blick auf die Prinzipalin; diese zuckte abermals die Achseln.

„Ich bin der Arzt," sagte Doktor Burbus, „und muß bitten, daß niemand mehr zu dem Kranken gelassen werde, bis ich es erlaube."

Herr Sproßer faltete die Hände und sprach mit bitterem Tone: „Ei, Madame Stieglitz, in Ihrem Hause macht sich ein sonderbarer Geist bemerkbar — in diesem Hause, das bis jetzt der Sitz der holdseligsten Frömmigkeit war! — — Wie ich höre," setzte er lauernd hinzu, „liegt auch mein teuer, gottgefälliger Freund, der Herr Specht, an einer sonderbaren Verwundung darnieder."

„Allerdings," versetzte der Doktor, „Verwundung ja — sonderbar, nein; doch darf derselbe Besuche annehmen und sich der Gegenwart Eurer Hochwürden so lange erfreuen, als es ihm beliebt." Damit öffnete er die Türe, und da die Prinzipalin, deren Geist sehr beschäftigt war, in ihrer Sofaecke sitzen blieb und den Geistlichen mit keinem Worte aufzuhalten versuchte, schoß derselbe mit einem Giftblicke zur Tür hinaus und schritt nach dem Gemach des Buchhalters.

Indessen ging im Laden und Geschäfte sowie in der Wiegkammer alles seinen gewohnten Gang fort, obgleich das Faktotum des Hauses, der Herr Specht, außer Tätigkeit war. Ich gab mir alle Mühe und war ungeheuer fleißig; bis spät in die Nacht hinein saß ich über den Büchern, trug ein, korrespondierte, machte im Auftrag der Prinzipalin Bestellungen und hatte das ganze Geschäft in der Hand. Der kranke Prinzipal hatte mir sogar den Schlüssel zu der Schublade eingehändigt, in der sich sein Buch, sein Harem, befand, und das er mir dringend auf die Seele band. Auch mußte ich ihm alle paar Tage Vorträge darüber erstatten und sah ihn auf diese Weise hier und da.

Sein Anfall von jenem Abend, jener eigentlich unbedeutende Rückfall des Wahnsinns, an dem er früher gelitten, war durch die Kunst des Doktor Burbus niedergehalten worden, doch konnten die Spuren desselben nicht mehr ganz verwischt werden. Sein Gesicht war und blieb wie umflort, und wenn auch selten heftige Auftritte vorkamen, so waren doch die lichten Stunden, die er zuweilen hatte, beständig schattiert mit einer tiefen Schwermut oder mit einem verwirrten Andenken an seinen Aufenthalt im Morgenlande. Alsdann war ich sein Page und mußte ihm häufig ein Kapitel aus dem Koran vorlesen, der Doktor war sein Leibarzt, Ibrahim Efendi, und zum großen Entsetzen der Prinzipalin, die sich allmählich wieder gefaßt hatte, verlangte er die Damen seines Harems zu sehen.

Ibrahim Efendi, der einen Teil des Tages um den Kranken sein mußte, war klug und taktvoll genug, um schon den ersten Tag nach dem traurigen Ereignisse den Kreisphysikus aufzusuchen, ihm über den Zustand des Kranken genau zu referieren und dem alten Manne zu schmeicheln, indem er seinen Rat verlangte. Der Alte, ein jovialer Mann, gewann den offenherzigen und geschickten jungen Arzt bald außerordentlich lieb, und da ihm ein guter Operateur abging, so benutzte er ihn bald zu den schwierigsten Geschäften und verhalf ihm um so lieber zu einer guten Kundschaft, als der Pfarrer Sproßer, den er mit seiner ganzen frommen Richtung bis in den Tod haßte, alles anwandte, um dem Doktor Burbus das Zutrauen der Leute zu entziehen.

Fortsetzung folgt.

Nr. 12 25. Jahrgang

Unterhaltungsblatt

Mittwoch, 20. März 1918

Aus der Schule in das Leben.

Schulentlassung! Wieder wie alljährlich werden in diesen Tagen viele junge Menschen von der Schulpflicht befreit und ins Leben eingeführt. Acht Schuljahre liegen hinter ihnen, an die gar mancher Schulentlassene, bei aller frohen Erinnerung an die schönen Zeiten der Kindheit doch auch mit gemischten Gefühlen zurückdenken wird. Besonders für die Kinder der Arbeiter waren die Schuljahre nicht immer erfüllt von eitel Lust und Sonnenschein. Und manch einer wird die Entlassung aus der Schule wie eine Erlösung empfinden und erleichtert aufatmen. Sie wird ihm als der erste Schritt aus der Gebundenheit zur Freiheit, zum selbständigen Tun und Handeln erscheinen.

Freilich haben die Schulentlassenen, wenigstens soweit es sich um Arbeiterkinder handelt, keine Ursache, nun dem, was kommen soll, begeistert entgegenzujauchzen. Das Leben birgt ja, besonders für die Arbeiter, so viele schwere und trübe Stunden, daß allzu hoch gespannte Erwartungen von vornherein nicht am Platze sind. Zu überschwänglicher Freude über die Befreiung vom Schulzwange besteht keine Veranlassung. Denn gerade für die Arbeiterkinder beginnt in der gegenwärtigen privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung mit dem Uebertritt aus der Schule in das Leben nur eine neue Periode schwerster Abhängigkeit und Unfreiheit, die noch dadurch verschärft wird, daß das geistige Rüstzeug, das die Volksschule dem jungen Arbeiter und der jungen Arbeiterin bot, leider völlig ungenügend und unzulänglich ist. Das Ringen um die nackte Existenz setzt ein, der Kampf um das tägliche Brot, der die Fortentwicklung und das Emporstreben zu einem hohen und freien Menschentum entweder gar nicht aufkommen läßt, oder, wenn sich doch aus einem starken inneren Drange Versuche dazu geltend machen, dieses Streben erschwert und lähmt.

Aber die Kinder der Arbeiter, auf die die ganze Arbeiterklasse in ihrem Befreiungskampfe ihre Hoffnung gesetzt hat, dürfen ihre Entwicklung und Entfaltung durch Widerstände und Hemmungen nicht beeinträchtigen und ihre Kraft durch die Mühsal des Tages nicht brechen lassen, wenn sie einmal als Mitstreiter dieses Befreiungswerk tatkräftig weiterführen und zu einem guten Ausschluß bringen helfen wollen. Daher erwächst gerade für die Arbeiterkinder mit dem Eintritt in das Leben die Pflicht, das unzureichende Rüstzeug, das ihnen die Volksschule mitgab auf ihren Lebensweg, durch regste Arbeit an sich selbst zu ergänzen, zu vervollständigen und zu schärfen, die Lücken ihrer Schulbildung auszufüllen, ihr Wissen aus eigener Kraft zu bereichern und zu vervollkommnen, eingedenk des Wortes Liebknechts des Alten: Wissen ist Macht! Bildung macht frei!

Die Arbeiterschaft hat durch ihre Organisationen und in diesen Einrichtungen geschaffen, die diesen Notwendigkeiten entgegenkommen. Dazu gehört nicht zuletzt auch die Arbeiterjugendbewegung. Sie hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Geist der Arbeiterjugend frisch, ihr Blut gesund zu erhalten durch Bildung und Pflege von Körper und Geist.

Gerade für unsere großstädtische Arbeiterjugend ist die tatkräftige Anteilnahme an der Arbeiterjugendbewegung eine unbedingte Notwendigkeit. Leidet sie doch zum großen Teil unter schwerer und einseitiger körperlicher Arbeit am Schraubstock und an der Holzbearbeitungsmaschine, am Setzkasten, auf dem Bau. Ueberall führt diese Arbeit zur Anstrengung und oft auch zur Ueberanstrengung der jungen Muskeln und zur einseitigen Inanspruchnahme einzelner bestimmter Glieder zum Schaden für die Spannkraft und die harmonische Entwicklung des ganzen Körpers. Ein anderer großer Teil wird wieder geschädigt durch die dauernde berufsmäßige sitzende Tätigkeit am Arbeitstisch des Lithographen, am Schreibpult des Kaufmanns, auf dem Werktisch des Schneiders mit ihren nachteiligen Wirkungen auf die Brust- und Bauchorgane und ihrer Ueberanstrengung der Augen. Und unter ähnlichen Schäden wie die jungen männlichen Arbeiter fast aller Erwerbszweige und Berufe leiden die jungen Arbeiterinnen in den Buch- und Steindruckereien, an den Näh- und Schreibmaschinen. Ueberall droht die Gefahr, daß Geist und Körper durch die Einseitigkeit der Berufsarbeit verkrüppeln und verkümmern, wenn sie nicht in der freien Zeit abgelenkt und weitergebildet werden.

Diese Ablenkung und Weiterbildung hat sich die Arbeiterjugendbewegung als vornehmstes Ziel gesetzt. Vor ihrer Begründung wurde unter Außerachtlassung der Weiterbildung fast allgemein nur Ablenkung von der Einseitigkeit der Berufsarbeit gesucht, und zwar hauptsächlich in Zerstreuungen, die die Spannkraft des Körpers, die Frische der Nerven, die Beweglichkeit des Geistes noch weiter untergraben: im Genuß von Alkohol und Nikotin, in der schwülen Luft des Tanzsaales, in der Schundliteratur und im Kriminalfilm. Diese Art von Zerstreuungen schädigt Körper und Geist gleich einem schweren Gift, das nur matt, müde und mißmutig macht zur neuen Arbeit, zur Verfolgung hoher Ziele und Ideale.

Der Erziehungsarbeit der modernen Arbeiterbewegung und ihres jungen Zweiges, der Arbeiterjugendbewegung, ist es hauptsächlich zu danken, daß schon einem großen Teil der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen die Gefahren, die ihrem Körper und ihrem Geiste aus diesen vergiftenden Ablenkungen und Zerstreuungen drohen, klar geworden sind. Sie hat die Freude an edlen Genüssen geweckt, die Lust am Lesen eines guten Buches, am Betrachten eines schönen Bildes, am Anhören eines fördernden Vortrages, an Sport und Spiel, an Feld und Wald und Aue. Mit Hilfe der modernen Arbeiterbewegung hat die Arbeiterjugend in ihrer Jugendbewegung den Weg aus den vergiftenden Zerstreuungen der früheren Zeit zur edlen, Geist und Körper in gleicher Weise erhebenden Ablenkung und Zerstreuung gefunden.

Mit Hilfe der erwachsenen Arbeiterschaft wurden für die Arbeiterjugend Jugendheime geschaffen als Pflegestätten edler Geselligkeit, in denen die Jünglinge und Jungfrauen der Arbeiterklasse zusammenkommen zu wanglosem Verkehr. Vorträge und Vortragsfolgen werden in diesen Heimen gehalten, Lese- und Unterhaltungsabende wechseln mit diesen Vorträgen ab, Büchereien stehen zur Verfügung. Und neben diesen Einrichtungen sorgt vor allen Dingen das Organ der jungen Arbeiter und Arbeiterinnen, die „Arbeiter-Jugend", für gegenseitige Anregung und geistige Ertüchtigung. Dieses Blatt der arbeitenden Jugend trägt sein redlich Teil dazu bei, die Köpfe zu erhellen und zu klären und die Gesichtskreise zu erweitern. Auf Turn- und Spielplätzen findet sich die junge Arbeiterschaft vieler Städte zusammen zu Sport und Spiel, durch Wanderungen in die freie Natur stärkt sie ihre Nerven und Sehnen, und aus dieser ständigen Berührung mit der Mutter Erde gewinnen die jungen Menschenkinder stets neue Frische und Kraft.

Auch in Lübeck hat sich die Arbeiterjugend zum gemeinsamen Wirken in der geschilderten Weise zusammengeschlossen. Manche unserer jungen Freundinnen und Freunde haben vielleicht in der letzten Zeit im „Volksboten" das Monatsprogramm der Arbeiterjugend in Lübeck verfolgt. Sie werden dann gefunden haben, daß durch Vorträge und Vorlesungen die Weiterbildung, durch Spiele und sonstige Veranstaltungen die Geselligkeit gefördert wird. Eine gute Bibliothek steht jedem Anhänger der Arbeiterjugend unentgeltlich zur Verfügung. Es würde zu weit führen, wollten wir an dieser Stelle alles anführen, was an Veranstaltungen und Arrangements von der Arbeiterjugend getroffen ist.

So hilft die Arbeiterjugendbewegung in ihrer Gesamtheit und auch für Lübecker Zweig tatkräftig mit an der Erziehung eines gesunden, freien, freudvollen und stolzen Geschlechts, frisch im Geist und widerstandsfähig im Körper, eines Geschlechts, dem die Zukunft gehören wird.

Wir von unseren Arbeiterkindern, die jetzt der Schule entwachsen sind und eintreten in das Leben, möchte nicht Teil haben an dieser hohen Bedeutung, in ihr aufgehen als ein tätiges Glied und in ihr an seiner eigenen Zukunft und an der Zukunft der gesamten Arbeiterklasse und des ganzen Volkes bauen helfen? Möchten sich alle schulentlassenen Arbeiterkinder in der Arbeiterjugendbewegung zusammenfinden mit Gleichgesinnten zu gemeinsamer Arbeit, zu gemeinsamem Streben, um fähig zu werden, auch dermaleinst das Erbe der Väter zu übernehmen und weiterzuführen, die ganze moderne Arbeiterbewegung mit frischem Zustrom zu erfüllen, die Reihen der Arbeiterorganisationen immer neu zu ergänzen und zu stärken und dadurch unsere Ideale ihrer Erfüllung entgegenzutragen!

Hallo, hier Franzmann!

„Ein ergötzliches Geschichtchen," so berichtet unter unserer Ueberschrift Unteroffizier H. O. Oehlke im „Champagne-Kamerad" (Feldzeitung der 3. Armee), „erzählt ein Regiments-Fernsprecher aus der Zeit, da man noch nichts davon wußte, daß der Feind die Telephongespräche abhören konnte.

Leutnant Bauer, ein noch junger Herr, hatte eine Glatze. Keine vollständige über den ganzen mächtigen Kopf, sondern eine eben hinten auf dem Wirbel beginnende. Und das Mißgeschick war, daß sie täglich, fast zusehends, größer wurde.

Und nun sollte Leutnant Bauer auf Urlaub fahren. Das war ja an sich ein durchaus erfreuliches Ereignis. Aber Leutnant Bauer konnte nicht so recht froh werden in dem Gedanken, wie sich seine junge Braut über die beginnende Glatze entsetzen würde. Sie hatte sein früheres volles Haar stets so besonders geschätzt und gern darin gezaust. — Aber das gehört ja nicht hierher.

Also Leutnant Bauer sollte auf Urlaub fahren. So rief er den Assistenzarzt am Telephon an.

„Lieber Herr Doktor," sagte er so verbindlich und nett, wie er überhaupt nur sprechen konnte, „wissen Sie mir kein Mittel gegen Haarausfall? Ich meine so ein Radikalmittel, das in 14 Tagen hilft? Ich soll bald auf Urlaub fahren und ich kann doch unmöglich mit der Glatze zu meiner Braut kommen." Der Arzt lachte: „Trösten Sie sich, lieber Herr Bauer, ich habe ja auch eine!" Und nun lachten sie alle beide. „Aber davon verschwindet meine doch nicht, Herr Doktor! Sie müssen mir einfach helfen," rief Leutnant Bauer. „Laufen Sie keiner Granate in den Weg, die reißt nicht nur die Haare, sondern den ganzen Kopf weg," war des Arztes Antwort.

Leutnant Bauer sah ein, daß ihm von dem Menschen keine Hilfe kommen würde. Die mußte direkt vom Himmel herunterfallen!

Und die Hilfe fiel tatsächlich vom Himmel! —

Der Sappenposten vorn in Sappe 2, berichtete seinem Kompagnieführer, dem Leutnant Bauer, darüber ungefähr das folgende: „Ich stand auf Posten. Alles war ruhig. Kein Schuß fiel. Auf einmal höre ich drüben einen leichten Knall. Ich denke, das ist eine kleine Mine und passe auf, wo sie hinfliegt. Aber es war mir gleich so komisch, als ich das Ding in der Luft sah. Das ist keine Mine, dachte ich bei mir. Bei der Ablösung holte ich denn das Ding herein, es war nicht weit von mir auf die Deckung niedergefallen. Und hier ist es!"

Leutnant Bauer betrachtete mit eigentümlichen Empfindungen das kleine Paketchen. Es war an ihn adressiert, trug die volle Adresse: An Herrn Leutnant Bauer, Kompagnieführer, 4. Kompagnie, J.-R. . . . "

„Das geht nicht mit rechten Dingen zu," sagte der Leutnant. „Die Postordonnanz wird das Paketchen verloren haben!" —

Wie erschrak er aber, als er das Paketchen öffnete! Es enthielt eine ganz neue Nummer des Pariser Blattes „Le Petit Parisien" und auf der letzten Seite waren Inserate folgenden Inhalts rot und blau angestrichen:

Ich war kahl!
In 14 Tagen mein volles Haar
wiedergewonnen!
— Gratisprobe! —
Vollständig kostenlos!
Schreiben Sie mir sofort Ihre
Adresse!

Leutnant Bauer sah von dem Tage an den Fernsprechapparat mit recht mißtrauischen Augen an, und er hütete sich von da an wohl, auch nur ein Wort zu sagen, das der Feind nicht hätte mithören dürfen!

In der Lungenheilstätte.

Da, wo ich hergekommen bin, versucht man das zu ertragen, was jetzt Großstadtleben heißt: den „Verkehr", Volksküchenessen, Bezugscheinstellen, Roßwurst usw. Hier schwenken vor den Fenstern ernstragende Kiefern ihre immergrünen Wipfel, die Allmutter Sonne dunkelgoldig küßt. Hier ist Raum. Und Luft. Und Licht. Man hat Platz genug gehabt, nebeneinander zu bauen, statt übereinander; da getraut man sich tief zu atmen. Mählich weicht das Grauen, das noch von da draußen her im Herzen sitzt, dem geruhigen Schauen und Denken und der freiwilligen, strengen Befolgung der Kurvorschrift des süßen Nichtstuns. Allerdings müssen wir Arbeiter erst lernen, welcher Genuß darin liegen kann, täglich sechs Stunden in der Liegehalle aus warmen Decken heraus selig in den Himmel zu blinzeln. Mancher lernt's nie.

Das Essen. Ach ja, — das Essen! Früher waren bei Lungenkrankheit Heilmittel: Gute Luft, Liegen und — Mästen. Regelrecht: Mästen! Jetzt kommen nun auch noch ab und zu Patienten hier an, die an Körpergewicht zunehmen. Wie innig lieb müssen sie ihre Kinderchen haben, daß sie ihre Nahrung auf ein solches, kaum erträgliches Maß einschränken konnten! — Begnadete Naturen, denen der wohlwollende Arzt Hamsterurlaub erteilt, deren schlotternde Kleider und eisernes Kreuz die mitleidige Bauernfrau zum Verkauf eines Brotes veranlassen und die dann stolz auf die nebelsterne Ahnung eines Fettansatzes sehen. . .

Von Schopenhauer wird berichtet, er habe in seinem Frankfurter Gasthof des öfteren für zwei Personen gezahlt, um nicht im Zugreifen geniert zu sein. Vor dem Meer von Suppe, brandend manchmal um eine kärgliche Klippe von Fleisch und eine winzige Insel Kartoffeln auf unserer Tafel, ergriffe er entsetzt die Flucht. Pessimismus mit vorgebundener Serviette.

In etwa achtzig Prozent sind wir hier Kriegsbeschädigte.

*

Ich war früher zu froh, so daß ich sie sehen mußte, die Zwei, eng aneinander geschmiegt und Glück in den Augen. Still ging ich, um ihren Traum nicht zu stören. Da schüttelte ein grauenhafter Husten — wie das Gebell eines heiseren Hundes — den jungen Menschen und ließ ihn die Hände in den Drahtzaun krampfen. Zärtlich streichelte sie ihm das Mädchen, indes ihr ganz heimlich zwei Tränen übers Gesicht liefen.

Kiefernwipfel sind gar nicht dunkelgoldig; sie sind schwarz.

C. G.

Für unsere Frauen

Die Frau in der Gemeinde.

Genossin Anna Blos schreibt in der empfehlenswerten Schrift „Kommunale Frauenarbeit im Kriege": Die Möglichkeit und die Wichtigkeit der kommunalen Mitarbeit der Frauen wird von den Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen immer noch nicht in dem Grade gewürdigt, wie es notwendig wäre. Daß die Frauen noch immer kein Wahlrecht haben, daß sie nicht wählbar sind, hat häufig zur Folge, daß ihr Interesse für Politik nur gering ist. Statt daß der Krieg ihnen die Notwendigkeit für das Interesse an allen öffentlichen Angelegenheiten klar macht, ziehen sie sich auf sich selbst zurück, werden mutlos und wollen nicht begreifen, daß diese Zeit, die gerade an die Frauen der arbeitenden Klasse so ungeheure Anforderungen stellt, wie keine geeignet ist, ihre Mitarbeit auf allen Gebieten notwendig zu machen, auf denen sich eine Erleichterung ihrer traurigen Lage für sie und ihre Kinder erreichen läßt. Ihre eigenen Interessen werden ja auch auf diesen Gebieten unmittelbar berührt. Wir verweisen auf die Kriegsfürsorge der Gemeinden, auf die erweiterte Armenpflege, auf das Wohnungswesen, auf die durch den Krieg erschwerten Erziehungsfragen, auf die Versorgung der Gemeinden mit Lebensmitteln, auf die Arbeitsämter, die Jugend- und Kinderhorte, die Wöchnerinnenfürsorge. Alle diese und noch eine Reihe anderer Einrichtungen der Gemeinden machen eine Teilnahme der Frauen an der Gemeindepolitik dringend notwendig. Es liegt in ihrem Interesse, durch geeignete Vertreterinnen den größtmöglichen Einfluß darauf zu gewinnen.

Darum sollen auch die Arbeiterfrauen sich mit allem vertraut machen, was mit der Gemeindepolitik zusammenhängt. Es ist notwendig, daß sie sich schulen, um auf den verschiedensten Gebieten der Gemeindepolitik möglichst viel leisten zu können, wenn sie zu den verschiedensten kommunalen Aemtern zugezogen werden. Die Möglichkeit dazu ist ja, wie wir oben gezeigt haben, jetzt in größerem Umfange gegeben. Durch ihre Erfahrungen im kleinen Haushalt, in der Familie sind die Frauen schon gut vorbereitet für die Aufgaben des großen Gemeindehaushalts. Da aber in diesem Gemeindehaushalt die Politik überall einspielt, ist es auch erforderlich, daß die Arbeiterfrauen sich mit allen Fragen der Politik vertraut zu machen suchen. Nur so werden sie imstande sein, überall unbeirrt die Interessen der Arbeiterklasse wahrzunehmen.

Leider sind heute die meisten Aemter, die den Frauen in der Gemeinde zugänglich sind, noch ehrenamtlich, d. h. die Frauen werden für die aufgewandte Zeit und Mühe nicht entschädigt. Dadurch ist für die Frauen der Arbeiterklasse die Annahme eines solchen Amtes gewöhnlich mit großen Schwierigkeiten verbunden, häufig sogar ganz unmöglich.

Die ehrenamtliche Tätigkeit bewirkt häufig, daß Frauen in kommunale Posten kommen, die ihre Arbeit nicht ernst genug nehmen, eben weil sie nicht entschädigt werden. Sie wurde gerade bei Ausbruch des Krieges oft direkt zum Sport für Frauen und Mädchen, deren Leben plötzlich inhaltlos geworden war, weil die gewohnten Vergnügungen fortfielen. Viele dieser freiwilligen Hilfskräfte sind inzwischen wieder abgesplittert. Gerade weil so viel Vorurteil gegen die Mitarbeit der Frauen herrscht, müssen diese ihren Stolz darin suchen, durch eifrige Pflichterfüllung und vorzügliche Leistungen dieses Vorurteil zu beseitigen. Viele Leute unterschätzen auch eine Arbeit schon darum, weil sie umsonst geleistet wird. Auch insofern ist die ehrenamtliche Verwendung von Frauen in Gemeindeämtern nachteilig. Nur wenn Frauen als besoldete weibliche Beamte in der Gemeindeverwaltung angestellt werden, können sie ihren Pflichten in vollem Maße nachkommen. Sie werden sich dann diesem Amt als Hauptberuf zuwenden, ihm ihre ganze Kraft und Zeit widmen können. Das wird auch ein Ansporn sein, daß die Frauen sich für solche Aemter vorbereiten, und eine größere Leistungsfähigkeit wird nicht ausbleiben.

Gartenbau.

Dem Gemüsegarten

muß in diesem Monat die größte Beachtung geschenkt werden. Sobald die Erde frostfrei und abgetrocknet ist, muß mit der Bodenbearbeitung begonnen werden. Je feiner die Grabarbeiten vorgenommen werden, desto besser gedeihen die Pflanzen. Alle Saat keimt in einem frisch bearbeiteten Boden am sichersten. Die Oberfläche der Beete ist sauber abzuharken, damit die Pflänzchen sich gleichmäßig entwickeln können. Mit der Aussaat ist erst vorzugehen, wenn der Boden sich gehörig erwärmt hat. Bei der Aussaat beachte man stets, daß die Wechselwirtschaft die größten Erträge bringt. Dort, wo im Vorjahre starkzehrende Gewächse ihren Platz hatten, säe man weniger stark zehrende und wo bisher diese ihren Stand hatten, wähle man schwachzehrende, also Erbsen, Bohnen usw. — Bei günstiger Witterung lege man große Bohnen und Früherbsen. Je früher die ersteren in die Erde kommen, desto weniger haben die Pflanzen später unter der Läuseplage zu leiden. Puffbohnen, ebenfalls Erbsen gedeihen am besten in einer möglichst freien Lage, sie leiden dann auch weniger unter Ungeziefer und Mehltau. Gegen Ende des Monats dürfen Petersilie, Zwiebeln, frühe Karotten, Schwarzwurzeln und Mairüben gesäet werden. Die Aussaat soll nur in 2—3 Zentimeter tiefe Rillen erfolgen. Breitsaat ist zu unterlassen. Ebenfalls sind nun Steckzwiebeln und Schalotten zu stecken; flachgesteckte schießen nicht so leicht in Saat als tiefgepflanzte. Steckzwiebeln und Schalotten bringen die größten Erträge dort, wo der Boden im Herbste gegraben und jetzt durch flaches Hacken gelockert wurde. Die Spargeldecke sind mit Jauche zu düngen. Ist diese eingezogen, dann können sie gegraben werden. Vorläufig bleiben sie rauh liegen, erst im nächsten Monat sollen die Beete übergeharkt und leicht angeklopft werden. Der Rhabarber verträgt noch einen Jauchegguß, er bringt dann viele und starke Stiele.

Kleines Feuilleton

„Im Purpur geboren"

wurde nach der Wiener offiziösen „Korrespondenz Wilhelm" das jüngste vor wenigen Tagen zur Welt gekommene Kind des österreichischen Kaiserpaares. Damit soll gesagt sein, daß das Kind das erstgeborene nach der Thronbesteigung seiner Eltern ist. Uebrigens wurde die Mutter nicht von einem Knäblein, sondern von einem Erzherzog entbunden, und nicht der Säugling, sondern der Erzherzog ist gesund und kräftig. Vermutlich ist Se. K. u. K. Hoheit nicht in Verlegenheit um Höchstdero Windeln.

Heiteres

Variante.

Koche mit Gas,
Wasche mit Luft,
Nähe — mit was?

(„Fliegende Blätter.")

Etwas für Juristen. Gestern mußte ich an den alten Streitfall denken, ob eine Perle, die sich in einer Auster findet, dem Wirt oder dem Gast gehört: ich fand in meinem Tabak eine richtige Kaffeebohne.

Im Zeichen des Verkehrs. „Na, Verehrtester — fahren Sie denn nicht mit? . . ." — „Nee, nee, ich geh' mir pressierts."

Verzweiflung. „Friede mit Rußland — schön — hurra — hurra — aber wie ich meine 50 000 Kilo Schieber-Tee ohne Pleite jetzt loskriege, da fragt keener!" (Jugend.)

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.